

ALBERT MAXIMILIAN SCHMID

# *Aufgabenfelder der Migrationspolitik in Deutschland*

## *Schwerpunkt Integration*

### *Migrationspolitik im Wandel*

Migration beschreibt ganz allgemein die Prozesse räumlicher Bewegung von Menschen. Dabei wird das jeweilige Erscheinungsbild von zahlreichen Faktoren bestimmt. Hierzu gehören geographische, klimatologische und demographische Aspekte ebenso wie ökonomische, ökologische, politische, soziale, religiöse und kulturelle Impulse und Bedingungen.

Deutsche Migrationspolitik hat sich zunehmend auch an internationalen Rahmenbedingungen auszurichten: Mit Inkrafttreten des »Vertrages von Amsterdam« sind die Asylpolitik, der freie Personenverkehr, die Visapolitik, Regelungen zum Überschreiten der Außengrenzen der EU, die Einwanderungspolitik und die Rechte von Drittstaatsangehörigen Zuständigkeitsbereiche der Europäischen Gemeinschaft geworden.

Der *Europäische Rat* hat in Tampere im Oktober 1999 verschiedene Ziele zum Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts definiert und Leitlinien hierzu erstellt. Eines der Ziele ist die Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik in der EU. Die rasche Umsetzung dieses Vorhabens hat der *Europäische Rat* zuletzt in Sevilla im Juni 2002 ausdrücklich bestätigt.

Die Ausgestaltung des Gemeinschaftsrechts verbleibt jedoch in der nationalen Kompetenz und wird weiter durch die innerstaatlichen Behörden umgesetzt.

Im Rahmen der Migrationspolitik sind vielfältige Aspekte zu berücksichtigen, wie zum Beispiel weltweite Wanderungsbewegungen, Fluchtursachen und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung, Auswirkungen von Alterung und Bevölkerungsrückgang, die Globalisierung der Wirtschaft und die Notwendigkeit arbeitsmarktbezogener Zuwanderung, der Schutz von politisch Verfolgten, Fragen der inneren

Sicherheit, Fremdenfeindlichkeit oder die Integration als eine dauerhafte politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wichtig ist zunächst, dass ein umfassendes, ganzheitliches Verständnis des Migrationsgeschehens die Grundlage für eine effektive und gestaltende an Stelle einer bislang vornehmlich reaktiv geprägten Migrationspolitik bildet. An dieser ganzheitlichen Betrachtungsweise fehlte es bis zum so genannten *Paradigmenwechsel*, also der Abkehr vom Dogma »Deutschland ist kein Einwanderungsland« hin zu der Einsicht, dass Deutschland in gewissem Umfang sogar Zuwanderung benötigt.

Die *Green-Card-Initiative* des Bundeskanzlers für die Anwerbung hoch qualifizierter Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie hatte den Ausschlag gegeben und eine breite öffentliche Diskussion des legislativen Handlungsbedarfs in der Zuwanderungspolitik ausgelöst. Die von Bundesinnenminister Otto Schily einberufene *Unabhängige Kommission »Zuwanderung«* hat daraufhin in ihrem Bericht »Zuwanderung gestalten – Integration fördern« vom 4. Juli 2001 eine grundlegende Bestandsaufnahme des Migrationsgeschehens vorgenommen und wegweisende Rahmenbedingungen konzipiert und Empfehlungen ausgesprochen. Wesentliches hiervon findet sich in dem »Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)« vom 20. Juni 2002 wieder.

Wie bekannt, wurde dieses Gesetz am 18. Dezember 2002 vom *Bundesverfassungsgericht* wegen seiner förmlichen Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz für nichtig erklärt. Gleichwohl werden die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes auch in einem neu zu verabschiedenden Zuwanderungsgesetz mehr oder weniger unverändert wieder zu finden sein, da die wesentlichen inhaltlichen Punkte auch parteiübergreifend konsensfähig waren und weiterhin sein werden.

Zum Beispiel, dass neben der Bündelung von Zuständigkeiten – wie in Zeiten knapper Haushaltsmittel geboten – erstmals Gestaltungsspielräume insbesondere im Bereich der Integration eröffnet werden. Dabei gilt es auch, in einem künftigen Gesamtkonzept die Interdependenzen zwischen den verschiedenen Zuwanderungskategorien der Arbeitsmigration, der Zuwanderung auf Grund von Rechtsansprüchen und der humanitären Aufnahme darzulegen und sinnvoll zusammen zu führen.

Dies zeigt sich auch in institutioneller Hinsicht, indem das aus dem *Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* hervorgehende *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* mit einer umfassenden Konzeptkompetenz ausgestattet wird, zu der neben der Durchführung von Asylverfahren folgende Aufgabengebiete hinzugekommen wären:

- Fachliche Zuarbeit für die Bundesregierung zur Integrationsförderung und Erstellung von Informationsmaterial über Integrationsangebote für Ausländer und Spätaussiedler;
- Entwicklung von Grundstruktur und Lerninhalten des *Basissprachkurses* und des *Orientierungskurses* für Ausländer sowie des *Aufbausprachkurses* für Spätaussiedler;

- Durchführung dieser Kurse gegebenenfalls durch beauftragte private oder öffentliche Träger;
- Entwicklung eines bundesweiten *Integrationsprogramms*;
- nationale Kontaktstelle für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten der EU bei der Gewährung vorübergehenden Schutzes und Führung des nationalen Registers hierzu;
- Verteilung der jüdischen Immigranten aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion;
- Führung des Ausländerzentralregisters;
- Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr;
- Koordinierung der Informationen über Erwerbsaufenthalte zwischen Ausländerbehörden, der *Bundesanstalt für Arbeit* und den Auslandsvertretungen;
- Durchführung eines optionalen Auswahlverfahrens zur Arbeitsmigration im Punktesystem.

Darüber hinaus wird beim *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* als unabhängige wissenschaftliche Forschungseinrichtung das *Bundesinstitut für Bevölkerungs- und Migrationsforschung* eingerichtet. Zielvorgaben sind anwendungsorientierte Forschungsergebnisse in den Bereichen Migration und Integration, die eine kompetente Beurteilung und daraus ableitbare Konsequenzen des gesamten Migrationsgeschehens ermöglichen.

Außerdem soll ein weisungsunabhängiger *Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat)* gebildet werden. Der Rat hat die Aufgabe, die innerstaatlichen Aufnahme- und Integrationskapazitäten sowie die aktuelle Entwicklung der Wanderungsbewegungen regelmäßig zu begutachten. Dazu soll er ein jährliches Gutachten erstatten, in dem Aussagen zum Erfordernis der Zuwanderung im Auswahlverfahren und gegebenenfalls eine Empfehlung zur Höchstzahl enthalten sein sollen. Der *Zuwanderungsrat* soll durch seinen Sachverstand aktiv gestaltende Impulse geben und zugleich Ratgeber für Politik und Verwaltung sein.

Zwischen Migration und Integration besteht ein enger Zusammenhang: »Die innere Kehrseite von Migration heißt Integration. Migrations- und Integrationspolitik gehören zusammen wie zwei Seiten der gleichen Medaille.« (Bade 2001) Neben der Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland wird die Integration der Zugewanderten zu den wichtigsten politischen Aufgaben der nächsten Jahrzehnte gehören. Deshalb soll diesem Schwerpunkt hier vorrangig Aufmerksamkeit gewidmet werden.

### *Integration durch Identifikation*

Bundespräsident Johannes Rau hat in seiner viel beachteten Rede »Ohne Angst und Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben« gesagt: »Integration: Das bedeutet nicht Entwurzelung und gesichtslose Assimilation. Integration ist auch die Alternative zum beziehungslosen Nebeneinander unvereinbarer Kulturen.

Integration: Das ist die immer wieder zu erneuernde Bindung aller an gemeinsame Werte. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, braucht seine Herkunft nicht zu verleugnen. Er muss aber bereit sein, eine offene Gesellschaft nach dem Leitbild des Grundgesetzes mit zu gestalten. Das ist unser Angebot an alle ...« (Rau 2000)

Kulturelle Eigenständigkeit der Zuwanderungsgesellschaft wird von der Aufnahmegesellschaft häufig als ab- oder ausgrenzend empfunden und als problematisch erlebt. Dabei ist nachweisbar, dass mit jeder neuen Zuwanderungsgeneration die Angleichungsprozesse an die Aufnahmegesellschaft verstärkt zunehmen. Bei einer Vernachlässigung der kulturellen Identitätsbildung bei Migranten kann daraus ein Vakuum entstehen, das gekennzeichnet ist durch den Identitätsverlust auf der einen Seite und die fehlende Adaption einer neuen Identität auf der anderen Seite. Diese Lage, die sich am besten als »zwischen den Stühlen sitzend« beschreiben lässt, birgt erhebliches Konfliktpotenzial, und zwar in der Weise, dass auf der unausbleiblichen Suche nach Identität fundamentalistisch geprägte Ideologien jedweder Couleur, egal ob politisch oder religiös, Gefahr laufen, adaptiert zu werden. Als positive Beispiele, dass dies kein zwingender Prozess ist, können ausgewanderte Deutsche genannt werden, die sich Teile ihrer kulturellen Traditionen bis heute bewahrt haben, selbst dann, wenn sie deutsch als Sprache eher weniger beherrschen. Auch die zahlreichen deutschen Vertriebenen, die durch aktive Brauchtumpflege die Erinnerungen an die Heimat bereits in der dritten Generation wach halten, sind hier zu nennen.

Integration erfordert nicht die Aufgabe der Identität, wohl aber die Akzeptanz gemeinsamer Werte. Verlangt wird mithin die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft und den Grundwerten ihrer Verfassung, die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als Prämissen klar vorgezeichnet sind. (So auch Dieter Oberndörfer: »Was ist ein integrierter Deutscher?«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 24. Oktober 2000) Voraussetzung sind dabei staatsbürgerliche, soziale und kulturelle Gleichberechtigung der Zuwanderer und die Akzeptanz kulturell bedingter Identitäten durch die Aufnahmegesellschaft.

Integrationsfördermaßnahmen, wie sie erstmals vom Gesetz normiert werden sollten, verlaufen mehrgleisig: Hierzu gehört, wie im so genannten *Vier-Säulen-Modell* der Aussiedlerintegration beschrieben, eine Sprachqualifizierung in einer Grund- und Aufbaustufe, die gesellschaftspolitische Information, eine Integrationsbegleitung für die ersten zwei Jahre, eine notwendige Berufsorientierung und -qualifizierung und eine gemeinwesenorientierte Unterstützung der Aufnahmegemeinden. (Welt 2001: 35)

#### *Integration konkret – »Im Anfang war das Wort«*

Die vielfach als Schlüsselqualifikation bezeichnete Aneignung von Sprachkenntnissen ist Fundament und entscheidende Voraussetzung für die soziale und berufliche Integration sowie für eine bessere Akzeptanz durch die deutsche Bevölke-

Die Einführung von Integrationskursen, gegliedert in *Basis-* und *Aufbausprachkurse* für alle Zuwanderungsgruppen gemeinsam, jedoch nach Leistungsgruppen differenziert, soll eine bedarfsgerechte sprachliche Integration der Zuwanderer mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive gewährleisten. Die Entwicklung von Grundstrukturen und Lerninhalten des *Basissprachkurses* beziehungsweise dessen Koordination und Durchführung obliegt dabei dem neuen *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, das sich hierzu privater oder öffentlicher Träger bedienen kann. Erstmals besteht ein Teilnahmeanspruch korrespondierend mit einer Teilnahmeverpflichtung sowie Vergünstigungen bei Erreichen des Lernziels beziehungsweise Sanktionen bei einer Nichtteilnahme. Die Kurse werden zielgruppenorientiert mit differenzierten Modulen angeboten, um so unterschiedlichen Lernstilen und Lernvoraussetzungen gerecht zu werden. Es soll also ein Sprachverständnis vermittelt werden, das zum Umgang mit praktischen Alltagssituationen befähigt. Wichtig erscheint hierbei der Hinweis, dass es beim Sprachkurs nicht um eine kulturelle Homogenisierung mit Hilfe einer nationalen »Sprache der Gemeinschaft« geht, sondern um die Vermittlung von Sprach- und Schriftkompetenz im Sinne einer Verkehrssprache und damit vor allem um die Vermittlung von Teilnahmekompetenz. (Vgl. Maas/Mehlem 2002)

Weiterer Bestandteil des Integrationskurses ist der *Orientierungskurs* zur Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland, um die Integration in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben zu fördern. Bei der Vorstellung und Vermittlung der Inhalte sollten sowohl politische Systeme, Kultur und Geschichte der Herkunftsländer als auch des Aufnahmelandes in die Unterrichtsgestaltung einfließen. Nur aus dem eigenen Verständnis im Vergleich mit dem System der Aufnahmegesellschaft werden Inhalte, Begriffe und daraus resultierende Schlussfolgerungen transparent und verständlich. Inhaltlich vermittelt der *Orientierungskurs* ein Grundverständnis für Staat und Gesellschaft. Dazu gehört, dass das Leben in einem demokratischen System Freiheit zur Entfaltung bedeutet und dass die Rechte der anderen respektiert und geachtet werden müssen.

Bei der Vorstellung und Vermittlung der Inhalte sollten sowohl politische Systeme, Kultur und Geschichte der Herkunftsländer als auch des Aufnahmelandes in die Unterrichtsgestaltung einfließen. Nur aus dem eigenen Verständnis im Vergleich mit dem System der Aufnahmegesellschaft werden Inhalte, Begriffe und daraus resultierende Schlussfolgerungen transparent und verständlich. Inhaltlich vermittelt der *Orientierungskurs* ein Grundverständnis für Staat und Gesellschaft. Dazu gehört, dass das Leben in einem demokratischen System Freiheit zur Entfaltung bedeutet und dass die Rechte der anderen respektiert und geachtet werden müssen.

Bei der Vorstellung und Vermittlung der Inhalte sollten sowohl politische Systeme, Kultur und Geschichte der Herkunftsländer als auch des Aufnahmelandes in die Unterrichtsgestaltung einfließen. Nur aus dem eigenen Verständnis im Vergleich mit dem System der Aufnahmegesellschaft werden Inhalte, Begriffe und daraus resultierende Schlussfolgerungen transparent und verständlich. Inhaltlich vermittelt der *Orientierungskurs* ein Grundverständnis für Staat und Gesellschaft. Dazu gehört, dass das Leben in einem demokratischen System Freiheit zur Entfaltung bedeutet und dass die Rechte der anderen respektiert und geachtet werden müssen.

#### *Weitere Integrationsfördermaßnahmen*

Integration zielt darauf ab, Zuwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu ermöglichen. Die künftigen Integrationskursangebote sind ein wesentlicher Schritt hier-

zu. Der weitere Integrationsprozess könnte dabei durch flankierende Maßnahmen unterstützt werden:

#### *Das Integrationsprogramm – Vorhandenes zusammenführen*

Für das im Gesetz vorgesehene bundesweite *Integrationsprogramm*, mit dessen Entwicklung das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* beauftragt ist, werden in einem ersten Schritt bestehende Integrationsangebote von Bund, Ländern und Kommunen sowie privaten Trägern für Ausländer und Spätaussiedler festgestellt. Es existieren bereits zahlreiche Projekte und Programme, die die Integration fördern, ohne dass dies an den Titeln explizit erkennbar ist. In einem weiteren Schritt werden dann Empfehlungen zur Weiterentwicklung und flächendeckenden Koordination der Angebote erarbeitet. Projekte sind vor allem auf ihre Anschubwirkung und ihre Nachhaltigkeit zu bewerten. Ein Hauptaugenmerk soll dabei der Verlagerung einer bislang eher problemorientiert definierten Integration zur aktiv gestaltenden, präventiven Integration zukommen, also Maßnahmen, die das Miteinander einüben, bevor es zu Ausgrenzung, Ghettoisierung, Rassismus und Gewalt, zu Verelendung, Kriminalität und Suchtverhalten kommt.

Das *Integrationsprogramm* ist als lebendes und lernendes System zu verstehen, das gesammelte Erfahrungen ebenso wie neue Ideen aufnehmen und kreativ umsetzen kann.

#### *Gleichberechtigter Zugang und Teilhabe*

- *durch Bereitstellung von Ressourcen*  
Ein wesentlicher Bestandteil von Integration ist die infrastrukturelle Bereitstellung von Ressourcen. Sie beinhaltet für die rechtmäßig und auf Dauer in Deutschland lebenden Zuwanderer den Zugang und die Inanspruchnahme aller gesellschaftsrelevanten Bereiche: Arbeits- und Wohnungsmarkt, Gesundheitssystem, Staatsangehörigkeit, politische und soziale Mitbestimmung, Bildungs- und Qualifizierungssystem. Äußere Rahmenbedingungen hierzu sind die Förderung eines Klimas der gegenseitigen Offenheit und der Integrationsbereitschaft auf Seiten der Aufnahmegesellschaft wie der Zugewanderten – Integration ist keine Einbahnstraße. Die *Integrationskapazität* unter den Aspekten finanzierbarer Angebote angesichts sich verknappender Ressourcen in nahezu allen oben aufgezählten Bereichen darf ebenfalls nicht übersehen werden. Bislang existieren keine validen Aussagen und Parameter, die eine nationale *Integrationskapazität* definieren, geschweige denn verbindlich beschreiben. Nach dem Gesetz wird dies eine relevante Aufgabe des neu zu bildenden *Zuwanderungsrates* sein. Allgemein formuliert, bietet eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik beste Voraussetzungen für gelingende Integrationspolitik. Solche Interdependenz lässt sich auch für die Kulturpolitik feststellen, ohne davon ablenken zu wollen, wie am Beispiel der »Gastarbeiter-Zuwanderung« inzwischen erkannt, dass damit kein Automatismus für erfolgreiche Integration in Gang gesetzt wird.

■ *durch Bildung und Qualifizierung*

Unter dem Stichwort Bildung findet sich eine weitere Schlüsselfunktion für das Gelingen von Integration. Bildung ist wichtig für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland, denn sie hilft, Fremdenfeindlichkeit abzubauen. Bildung vermittelt Wissen über fremde Kulturen. Dieses Wissen hilft, Ängste abzubauen. Bildung sichert den sozialen Status von deutschen und ausländischen Bürgern und ist damit eine Grundlage gegenseitiger Toleranz. Erst wenn allgemeine Bildung und berufliche Aus- und Weiterbildung für möglichst alle verwirklicht ist, wird soziale Ausgrenzung vermindert und Integration gefördert.

Bei der Vermittlung von Bildung ist als Prämisse von einer Politik der gegenseitigen kulturellen Annäherung, der so genannten Akkulturation, auszugehen. Diese versteht sich als Einladung, Austausch, Werbung um Übernahme und Heranbildung neuer kultureller Muster. (Vgl. Heckmann: 15) Sie entscheidet sich gegen eine Minderheitenpolitik, die das Entstehen ethnischer Kolonien in der Mehrheitsgesellschaft bewusst zulässt und fördert und damit die generell unerwünschte Folge der Bildung von Parallelgesellschaften billigend in Kauf nimmt.

Neue kulturelle Muster lassen sich unter Beibehaltung eines allgemein zu akzeptierenden Wertekonsenses – zum Beispiel freiheitlich demokratische Grundordnung, Gleichberechtigung der Geschlechter – vor allem in Bildungskonzepten und Curricula implementieren. Hierzu kann beispielsweise gehören, dass Bildungsmöglichkeiten, die auf die speziellen Bedürfnisse der Zugewanderten abgestimmt sind und die Mehrsprachigkeit und interkulturelle Begegnung fördern, flächendeckend entwickelt und unter Berücksichtigung der bereits vielfach bestehenden, meist als Pilotprojekte geführten Beispiele evaluiert und dann zielgerichtet angeboten werden. (Vgl. Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Demographischer Wandel« v. 22.4.02) Die gezielte Förderung und Eingliederung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien ist durch die Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse sowie ihrer schulischen Bildungschancen bis hin zu Betreuungsangeboten zu erreichen. Gleichwohl darf Bildung nicht ausschließlich defizitär verstanden werden, die es durch geeignete Methoden zu vermitteln und sich anzueignen gilt. Darüber hinaus ist für bereits in einem anderen, fremden Bildungssystem erworbene Bildung und den daraus resultierenden Qualifikationen ein möglichst flexibler Kompatibilitätsrahmen zu entwickeln, um so die vorhandenen Fähigkeiten individuell besser positionieren und weiter fördern zu können. Dies entspricht auch dem allgemeinen Postulat einer »lebenslänglichen Qualifizierung«, wie ihn der permanent kurzfristige technische Anpassungsprozess schon heute verlangt.

■ *durch Zugang zum Arbeitsmarkt*

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation auf dem Arbeitsmarkt ist unter anderem durch das scheinbare Paradox gekennzeichnet, dass bei hoher allgemei-

ner Arbeitslosigkeit in bestimmten Bereichen ein Bedarf an Arbeitskräften besteht. Am deutlichsten zeigte das die von Bundeskanzler Gerhard Schröder angestoßene *Green-Card-Initiative*. Durch gezielte Steuerung der Arbeitsmigration, die ein optionales Auswahlverfahren vorgesehen hätte, sollte das neue Zuwanderungsgesetz die alte Anwerbestoppausnahmereverordnung ablösen, die hauptsächlich Saisonarbeitnehmer in der Landwirtschaft betrifft. Es wäre damit ermöglicht worden, wachstumshemmende Engpasssituationen zu beseitigen und zugleich Arbeitslosigkeit im Niedrigqualifikationsbereich abzubauen. Der Schlüssel zum Erfolg auf dem Arbeitsmarkt liegt nach wie vor in der beruflichen Qualifizierung. Für diverse Qualifizierungsmaßnahmen, wie sie derzeit von den unterschiedlichsten Trägern angeboten werden, und ihre Bewertung gilt das oben Gesagte. Zu prüfen bleibt, inwiefern Ausbildungsordnungen unter sich ständig wandelnden Berufsbildern noch adäquat sind und nicht einer flexibleren Handhabung zugänglich gemacht werden müssen. Dies vor allem unter dem Aspekt, den auf Dauer Zugewanderten den Zugang zu bisher nur schwer zugänglichen Gewerben und Berufen zu erleichtern, ohne dass eine Qualitätseinbuße zu befürchten ist.

■ *durch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben*

Soziale Integration ist einem osmotischen Prozess vergleichbar, der am intensivsten in Stadtteilen, Wohnquartieren, Nachbarschaften, also im lokalen Gemeinwesen stattfindet. Hier zeigen sich zugleich bedeutende Indikatoren für das Gelingen von Integration: die Mitgestaltung ihrer Lebensbedingungen vor Ort. Eng damit verbunden ist das Vorhandensein interkulturell geöffneter Institutionen, interkultureller Kompetenz und die Möglichkeit rechtlicher Partizipation in dafür zuständigen Planungs- und Entscheidungsgremien. Hier bietet das bundesweite Projekt »*Die soziale Stadt*« wichtige Ansätze, unter anderem Einzelmaßnahmen zu einem Gesamtpaket zu vernetzen, Bedarfslücken durch neue Angebote zu schließen und eine nachhaltige Verbesserung der Sozialräume zu erreichen.

Im privaten Bereich existiert eine Vielzahl von Initiativen, Vereinen, Organisationen und Beratungseinrichtungen, die sich mit dem Thema Integration beschäftigen. Hier wurden und werden weiterhin qualitativ hervorragende Leistungen erbracht und beeindruckende Ergebnisse erzielt. Um Synergieeffekte zu nutzen und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden, ist der Aufbau eines bundesweiten *Integrationsnetzwerks* ein konstruktiver Ansatz für eine zusammenwirkende, sich ergänzende Integrationsarbeit. Dazu gehört auch, diejenigen Einrichtungen, die sich in ihren Aktivitäten bewährt haben, als Partner zu gewinnen und bei der Gestaltung von Integrationspolitik mit einzubeziehen. Gerade ehrenamtliches Engagement bringt Migranten und Einheimische zusammen und bewirkt eine Öffnung der Aufnahmegesellschaft.

### *Gesellschaftliche Perspektiven eröffnen*

Die Akzeptanz von Zuwanderern in der Aufnahmegesellschaft zu fördern, kommt hohe Priorität zu. Hier sind verstärkte Anstrengungen nötig, um das Zusammenleben von Zugewanderten und Einheimischen positiv zu gestalten und interkulturelle Konfliktlösungen zu entwickeln. Letztlich müssen alle integrationspolitischen Aufgaben das Ziel haben, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und zu stärken.

Ein zunehmend wichtiger Bereich wird in diesem Zusammenhang die *interkulturelle Öffnung* der Unternehmen, Organisationen, Verwaltungen und der sozialen Dienste sein. Als politisches Ziel formuliert fördert *interkulturelle Öffnung* in den Institutionen die Beschäftigung von Migranten. Dies gilt auch für den öffentlichen Dienst. Sie geht von der Prämisse aus, dass die Organe des Staates von allen Mitgliedern einer Gesellschaft akzeptiert werden sollten, dies aber nur möglich ist, wenn sich staatliche Institutionen als Teil der Gesamtgesellschaft verstehen und deren Angehörige die Möglichkeit haben, sich in ihnen wieder zu erkennen.

Eng damit verknüpft ist der Erwerb *interkultureller Kompetenz*, ohne die eine *interkulturelle Öffnung* nicht wirklich funktionieren kann. Bei der *interkulturellen Kompetenz* handelt es sich um eine Kombination aus Wissen, Einstellungen, Motivationen und Fertigkeiten, die bei der Interaktion zwischen Angehörigen unterschiedlicher Kulturen zu einem positiven, konsensfähigen Ergebnis führen kann.

Auch wenn es sich dabei nicht um grundlegend »neue« Kompetenzen handelt und sie hauptsächlich durch Bewusstmachung und Erweiterung der kulturellen Dimension auf bereits vorhandenen Fähigkeiten und Fertigkeiten aufbauten, so müssen sie doch geschult und trainiert werden. Im Bereich der Wirtschaft werden interkulturelle Trainings für den erfolgreichen Einsatz im Ausland bereits seit Jahren durchgeführt, für den inländischen Bereich, insbesondere die öffentliche Verwaltung, sind die Angebote und Maßnahmen bisher erst noch in Anfängen.

Kulturpolitik dient nicht nur der Kunst und Kultur, sondern dem Wohl des gesellschaftlichen Lebens insgesamt. Ein Anliegen der heutigen Kulturpolitik ist auch das friedliche Zusammenleben und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. In diesem übergeordneten Anliegen ist Kulturpolitik kongruent zur Migrationspolitik, ebenso wie in der Tatsache, dass es sich um eine Querschnittsaufgabe handelt, die sich immer auf die Gesellschaft als Ganzes auswirkt, denn damit eine Kultur der Toleranz und gegenseitigen Achtung und des Miteinanders im Alltag wachsen kann, ist das Engagement aller beteiligten Menschen nötig.

## *Literatur*

Bade, Klaus J. (2001): Migration und Migrationspolitik, Vortrag vom 26.4.2001 in der *Stiftung Demokratie Saarland*

Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Demographischer Wandel« v. 22.4.02

ALBERT  
MAXIMILIAN  
SCHMID

Heckmann, Friedrich: *Integrationspolitische Aspekte einer gesteuerten Zuwanderung. Gutachten für die interministerielle Arbeitsgruppe der Bayerischen Staatsregierung*, München

Maas, Utz/Mehlem, Ulrich (2002): *Qualitätsanforderungen für die Sprachförderung im Rahmen der Integration von Zuwanderern*, Osnabrück

Rau, Johannes (2000): *Ohne Angst und Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben*, Berlin

Welt, Jochen (2001): »Von der gesellschaftlichen Selbsttäuschung zum Zuwanderungs- und Integrationskonzept«, in: Mehrländer, Ursula/Schultze, Günther (Hrsg.): *Einwanderungsland Deutschland*, Bonn: Dietz-Verlag

CHRISTINA WEISS

## *Herausforderung Interkulturalität – eine kulturpolitische Perspektive*

### *I.*

Diejenigen Prozesse, die unter dem Begriff der Globalisierung subsumiert werden, konfrontieren uns in anderer, bis dato unbekannter Weise mit dem Faktum kultureller Pluralität. Eine sich zunehmend ausformende Weltgesellschaft verlangt uns allen eine enorme, noch nie eingeübte Orientierungsleistung ab – was die Mobilität im Räumlichen betrifft wie auch die Beweglichkeit im Umdenken dessen, wie wirtschaftliche und soziale Strukturen auszusehen haben. Grundlegend ist aber – angesichts der Konfrontation mit einer Vielfalt von Sicht- und Lebensweisen – die Orientierung im Kulturellen. Die pluralistische Gesellschaft kann nicht mehr darauf angelegt sein, allein der westlichen Kultur des Individualismus den Vorrang zuzuerkennen und andere Kulturen mehr oder weniger tolerant zu behandeln, aber letztlich doch in die eigene zu vereinnahmen. Aus dem Nebeneinander muss auf gleichberechtigter Basis ein Miteinander werden. Im Dialog mit anderen Kulturen kommt es aber darauf an, die eigene Kultur zu verstehen und – wohlverstanden – zu relativieren. Relativieren, das heißt als eine unter anderen möglichen ansehen, kann man sie aber erst dann, wenn man selbst gut in ihr verwurzelt und aufgehoben ist. Die Angst vor Anonymisierung in einer für den Einzelnen zu weit gewordenen Welt lässt sich nur bewältigen, wenn dieser Einzelne seine kulturelle Position und mit ihr sein Selbstbewusstsein behaupten kann. In einer solchen Welt erhalten alte Worte und stabile Werte den Charakter eines Geborgenheitsortes. Ohne diese absolut setzen zu wollen, glaube ich, dass es überlebenswichtig ist, die Koordinaten des subjektiven Seins in der kulturellen Gruppe und Verwurzelung zu kennen.

Die Kunsterfahrung kann wichtige Grundlagen legen für den Umgang mit der Welt, in der wir leben, sie ist die Erfahrung einer positiv erlebbaren Pluralität par

excellence. In den Künsten gibt es eine vollkommen gleichberechtigte Koexistenz unterschiedlichster Gestaltungsmöglichkeiten, Weltsichten und Anschauungsformen. Die historischen Formen bleiben uneingeschränkt neben den neuesten gültig, auch dann, wenn Schulen einer Epoche miteinander im Streit liegen. Kunstdebatte ist vor allem auch Streit verschiedener Ansichten, der zu spannungsvoll widerstreitenden Produktionen führt. Aber die Bedeutung eines Rembrandt, eines Mozart, eines Shakespeare wird nicht dadurch gemindert, dass andere nach ihnen kommen, die ganz andere Kunstkonzepte realisieren. Es gilt grundsätzlich das eigene Maß, an dem die Qualität eines Werkes in seiner Balance zwischen Idee und Form zu bemessen ist.

Kunsterfahrung und ästhetisches Denken sind vor diesem Hintergrund besonders geeignet, die gegenwärtige Wirklichkeit zu erfassen. Sie machen die Variabilität heutiger Weltbezüge deutlich und werden so zum Labor interkultureller Verständigung. Neben Faktoren wie Subjektivitätsbildung, Sinnesschärfung und Wahrnehmungsfähigkeit entwickelt das Training im ästhetischen Prozess eine Reihe wichtiger Fähigkeiten, die im Alltag der heutigen Welt unabdingbar sind. Um sie auszubilden gibt es keine Alternative zu den Künsten – die rein intellektuell erworbene Einsicht wird den Anteil der sinnlichen Wahrnehmung und des Spielerischen niemals aufwiegen können. Die politische Dimension dieser Überlegungen liegt auf der Hand: Es geht in der heutigen Gesellschaft insgesamt darum, Differenzen zuzulassen, die eigene Lebensform nicht absolut zu setzen, kulturelle – und das heißt vor allem auch interkulturelle – Lern- und Kommunikationsprozesse zu ermöglichen und zu fördern. Die Auseinandersetzung mit Kunst ist das Kraftwerk, aus dem sich die Energien der geistigen Offenheit speisen. Und geistige Offenheit ist elementare Voraussetzung eines friedlichen Zusammenlebens in multikulturell verfassten Gemeinwesen.

## II.

Wenn Politik die Herausforderung Interkulturalität ernst nimmt, muss sie – nicht zuletzt angesichts der Folgen von Globalisierung – ressortübergreifend gedacht und gestaltet werden. Dies bezieht sich keineswegs allein, aber auch auf die Verschränkung von innerer und äußerer Kulturpolitik. Wir haben es in vielen Feldern mit einer Entsprechung von globaler und nationaler Konstellation zu tun. Interkulturelle Konflikte im internationalen Maßstab zum Beispiel – um hier nur ein negatives Beispiel zu nennen – spiegeln sich im Inneren einer multikulturell geprägten Gesellschaft.

Ich konzentriere mich im Folgenden auf das Thema »Migration und Kultur« in Deutschland. Der Aspekt der Interkulturalität kann selbstverständlich nicht auf den der Migration reduziert werden; klar ist aber auch, dass zentrale Fragen der interkulturellen Kulturarbeit den Migrationskontext betreffen.

126 Deutschland begreift sich – im Unterschied etwa zu den USA – immer noch nur bedingt als Einwanderungsland. Diese Selbsteinschätzung ist allerdings

durch die demografischen Fakten nicht gedeckt. Um nur eine Zahl zu nennen: 12 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen sind im Ausland geboren, in den USA dagegen beträgt der entsprechende Anteil nur 9 Prozent (so Rainer Münz in seinem Artikel »Kulturnation und Entwicklungsland« in Heft 6/2002 der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, S. 364 f.). Die bundesrepublikanische Gesellschaft hat lange gebraucht, um eine unverstelltere und den Realitäten gerechter werdende Sicht auf Migrantinnen und Migranten zu entwickeln, und dieser Prozess ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Dies hat zweifellos damit zu tun, dass die Wurzeln dieser Konstellation in historischen Tiefenschichten liegen.

»In Deutschland dominierte im 19. und 20. Jahrhundert das Bild der weitgehend homogenen Kultur- und Abstammungsnation. Schließlich war dies die historische Grundlage, auf welcher der deutsche Nationalstaat 1871 gegründet wurde: Ein Land, soweit deutsche »Zunge« und Kultur reichten. Dies führte dazu, dass wir die Zuwanderung von mehreren Millionen Ausländerinnen und Ausländern wahlweise als temporär oder als Ausnahme von der Regel verstanden. Lange Zeit gab es daher keine klare Integrationsperspektive und klarerweise auch keine Kulturpolitik, die über die Pflege von Folklore des Herkunftslandes hinaus ging, auch wenn uns dies bisweilen als Demonstration von Multikulturalität erschien. Dies hatte mit unserer Perspektive zu tun. Wir sahen die Zugewanderten nicht als Einwanderer und zukünftigen Teil unserer eigenen Gesellschaft, sondern eben bloß als vorübergehend Anwesende, deren Zukunft im Herkunftsland lag.« (Ebd., S. 365)

Die Wahrnehmung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland verengt sich vor diesem Hintergrund häufig auf ihren rechtlichen und sozialen Status. Sie ist zudem in vergleichsweise hohem Maße durchzogen von kulturellen Stereotypen. Voraussetzung für geistige Offenheit für von anderen Kulturen geprägten Menschen ist aber die Wahrnehmung der individuellen Lebensformen in ihrer Multidimensionalität.

Bei der Gestaltung einer pluralistischen, interkulturell offenen Gesellschaft können wir vieles von »klassischen« Einwanderungsländern lernen, von den USA zum Beispiel, aber auch von Frankreich oder Großbritannien. Dazu gehört die Einsicht, dass wirklich gelebte Pluralität nicht erreichbar ist, wenn wir kulturelle Gruppen nicht als Menge von Individuen betrachten, sondern als Kollektive umarmend integrieren und dadurch letztlich auflösen. Wir sollten uns jedoch – nicht zuletzt in Konzeption und Praxis der interkulturellen Arbeit – bewusst sein, dass wir, historisch bedingt, die Postkolonialismus-Modelle etwa unserer französischen oder niederländischen Nachbarn nicht einfach übernehmen können. Ein spezifischer Beitrag Deutschlands könnte – vor dem Hintergrund des Holocaust und seiner Bedeutung für das kulturelle Selbstverständnis Deutschlands nach 1945 – darin liegen, einen sensiblen wie kritischen Blick auf nationale Identitätskerne für den transkulturellen Diskurs fruchtbar zu machen.

So wie nach wie vor das Modell der »Hinterhof-Moschee« dominiert, so dominiert auch nach wie vor der Typus der »Hinterhof-Kulturinitiative«. Wesentliche

Aspekte des kulturellen Lebens von Migrantinnen und Migranten bleiben, trotz einer Reihe verdienstvoller Initiativen auf kommunaler und Länderebene in den letzten Jahren, immer noch unsichtbar, sie können sich nur subkutan entfalten. Themen wie Interkulturalität und kulturelle Aspekte von Migrationsbewegungen finden in der öffentlichen Diskussion, in den Wissenschaften und in der Praxis des Kulturbetriebs – insgesamt gesehen – immer noch zu wenig Aufmerksamkeit.

Ein Projekt, das die *Kulturstiftung des Bundes* als eines ihrer zentralen Initiativprojekte im vergangenen Jahr wesentlich mit angestoßen hat, zeigt Wege auf, wie man der skizzierten Herausforderung begegnen kann. Das »Projekt Migration« hat sich zum Ziel gesetzt, neue Modelle der Thematisierung von Migration zu entwickeln. Es wird alltagskulturelle Elemente umfassen, ebenso wie Beiträge aus der Bildenden Kunst, aus Literatur, Film, Theater und Musik. Neben der spartenübergreifenden ist die transdisziplinäre und Institutionen übergreifende Ausrichtung charakteristisch: Der *Kölnische Kunstverein*, das *Dokumentationszentrum zur Migration aus der Türkei (DOMiT)* und eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen kooperieren in der Ausgestaltung des Projekts. Bislang weitgehend separierte Perspektiven auf Migrationsprozesse werden so zusammengeführt, und durch das Ineinandergreifen von Kunst- und Wissenschaftskontexten entstehen neue Räume der Verhandlung und Vermittlung.

Das von der *Kulturstiftung des Bundes* geförderte Projekt leistet einen Beitrag zur Überwindung eines Defizits der deutschen Geschichtskultur, in der die Geschichte der Migration noch weitgehend unterbelichtet ist. Es geht hier um Sichtbarmachen und Spurensicherung im Sinne von Bewahrung des kulturellen Erbes, aber auch um eine Haltung der Anerkennung und des Respekts für die kulturelle Bereicherung, die wir Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund verdanken. Die Verbreiterung des historischen Blickwinkels insgesamt könnte das Bewusstsein dafür schärfen, dass Migration kein spezifisches Phänomen der Gegenwart, sondern historisch gesehen – gerade auch in Deutschland – eher der Normalfall ist. In der Frage der Aneignung von Geschichte geht es immer auch um die Bestimmung der kulturellen Identität eines Staates. Und es geht um eine zivilgesellschaftliche Perspektive, um die Ausgestaltung einer Kultur der recht verstandenen Integration.

Neben dem blinden Fleck der Geschichtskultur besteht aber auch ein Defizit, das die Gegenwart betrifft: Ein Überblick über den Beitrag von Migrantinnen und Migranten zur kulturellen Landschaft in Deutschland bleibt ein Desiderat. Dies gilt sowohl in quantitativer Hinsicht (Wie viele Kulturinitiativen zum Beispiel gibt es überhaupt?) als auch unter qualitativen Gesichtspunkten (Welche Ansätze verfolgen Kulturschaffende mit Migrationshintergrund?). In einer solchen Bestandsaufnahme liegt ein Ansatzpunkt einer sich ressortübergreifend verstehenden Kulturpolitik.

### III.

Wenn die Bedeutung interkultureller Lern- und Kommunikationsprozesse zunimmt, kann die politische Konsequenz nur lauten, die Kulturlandschaft insgesamt weiter für transkulturelle Ansätze zu öffnen. Es geht dabei nicht um eine »Programmquote« für Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund – die Bezeichnung »Migrantenkunst« wird von den Akteuren eher als Stigma empfunden –, sondern um eine tiefer ansetzende Veränderung unserer Sichtweisen. Ein solcher Ansatz setzt ein geschärftes Bewusstsein für die Fallen des Exotismus voraus. Statt vermeintliche Authentizität zu ideologisieren und kulturelle Differenzen zu essenzialisieren, kommt es darauf an, der Pluralität von heutigen Weltbezügen und Identitäten (was auch hybride Identitätsbildungen einschließt) gerecht zu werden. Migranten-Communities stellen nicht in sich geschlossene Enklaven dar, sondern sind prägender Teil der Gesellschaft, die sich unter ihrem Einfluss immer wieder neu definieren muss. Und das Training im ästhetischen Prozess bildet die beste Voraussetzung für die darin eingeschlossene wohlverstandene Relativierung der eigenen Lebensform.

Die institutionellen Instrumente einer interkulturellen Kulturpolitik sind allerdings erst zum Teil gefunden. Die (im Einzelnen schwer zu quantifizierenden) Anteile für interkulturelle Projekte in den Kulturhaushalten sind insgesamt gesehen gering. Und wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass viele Kulturinstitutionen – wie zum Beispiel Akademien oder Theater – strukturell nicht nur, aber auch von ihrer Entstehung im Kontext der Bildung eines möglichst homogenen Nationalstaates im 19. Jahrhundert geprägt sind. Dies spricht keineswegs per se gegen diese Einrichtungen, aber es zeigt – angesichts der Realitäten multikultureller Gesellschaften – doch einen Transformationsbedarf. Der Bedarf vergrößert sich dadurch, dass es immer noch die Tendenz gibt, interkulturelle Kulturarbeit primär der Soziokultur zuzuordnen. Eine solche Verkürzung der Perspektive ist in meinen Augen nicht begründbar; es kommt vielmehr darauf, beispielsweise die kulturelle Bereicherung, die wir durch Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund erfahren, auch in den Einrichtungen der Hochkultur sichtbar zu machen. Diese Forderung gilt auch vor dem Hintergrund, dass die Debatten über Inter- beziehungsweise Transkulturalität bislang überwiegend theoretisch geführt wurden – vor allem in den *cultural studies*. Jetzt kommt es darauf an, die entsprechenden Schritte in der kulturellen Praxis zu gehen.

Meine Rolle in diesen Zusammenhang verstehe ich als die einer Anwältin, die Diskussionsprozesse moderiert, aber auch Foren für die Weiterentwicklung interkultureller Arbeit fördert. Ich denke dabei insbesondere an zwei Institutionen aus dem Geschäftsbereich meiner Behörde: das *Haus der Kulturen der Welt* in Berlin und die *Kulturstiftung des Bundes*, die sich – über das »Projekt Migration« hinaus – gerade im internationalen Bereich der interdisziplinären Kooperation und der methodischen Reflektion verschrieben hat. Mit ihren Programmen tragen diese

CHRISTINA  
WEISS

Einrichtungen dazu bei, das zu entwickeln, was wir im interkulturellen Dialog dringend brauchen: Ebenen – lokale, regionale, nationale und internationale – durchlässiger zu gestalten und Mehrbahnstraßen des Austausches zu bauen.

KERSTIN MÜLLER

## *Die Rolle der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Dialog der Kulturen*

»Interkulturelle Kulturpolitik«, das Thema dieses dritten *Jahrbuchs für Kulturpolitik*, deckt sich mit einer langjährigen Konstante und einem integralen Bestandteil deutscher Außenpolitik, nämlich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

Die weltweiten Umbrüche, die wir unter das Stichwort der Globalisierung fassen, erzeugen bei vielen Menschen die Erfahrung einer tiefen Verunsicherung. Die Auflösung vertrauter Strukturen und das Eindringen der Sprache des Marktes in alle Poren der Gesellschaft verstärken das Bedürfnis nach kultureller Selbstdefinition, nach Kriterien der Selbstvergewisserung – ob Sprache, Ethnie, Glaube oder kulturelles Erbe. Während Politik und Wirtschaft durch die Globalisierung für den Einzelnen an identifikatorischer Bindungskraft verlieren, bleibt als Konstante häufig das Festhalten an einem kulturellen Bezugspunkt. Kultur jedoch, verstanden in einem weiten Sinne als Ausdruck der Selbstvergewisserung, ist nicht per se friedlich. Gerade Identitätskonflikte werden oft fundamentalistisch ausgetragen und schlagen in politische Konfrontationen um.

In dem weiter fortschreitenden Prozess der Globalisierung könnte Außenpolitik heute noch viel weniger als früher erfolgreich sein, wenn sie sich allein auf politische oder wirtschaftliche Aspekte beschränken wollte. Wenn wir Menschen weltweit ansprechen, wenn wir sie von Werten wie Freiheit und Toleranz überzeugen wollen, wenn wir sie für Demokratie, Frauen- und Menschenrechte, Minderheitenschutz, Herrschaft des Rechts, Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung etc. gewinnen wollen, müssen wir sie in ihrem persönlichen Erleben erreichen. Die bedrückende Möglichkeit eines tiefen kulturellen Konflikts in einer Welt von bald sieben Milliarden Menschen muß uns anspornen, nach praktischen Wegen zu mehr Zusammenarbeit zu suchen.

Dies ist das Tätigkeitsfeld der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Sie schafft und pflegt ein günstiges Umfeld für deutsche Zusammenarbeit mit dem Ausland in jedem Bereich und verschafft der deutschen Stimme Gehör im »Dialog

der Kulturen«. Die von Bundesaußenminister Fischer im Juli 2000 der deutschen Öffentlichkeit vorgestellte »Konzeption 2000« nimmt das Thema der Gestaltung der Globalisierung ausdrücklich auf. Die vielfältigen, auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit angelegten Austausch- und Förderprogramme der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für verschiedene Altersgruppen und Bildungsstufen unterstützen das gegenseitige Kennenlernen und den Dialog von Menschen unterschiedlicher Länder ebenso wie die deutschen Auslandsschulen und die Programmarbeit. Die Förderung der deutschen Sprache im Ausland vermittelt den intensivsten Zugang zu Kultur und Lebensformen in Deutschland. Menschen in krisengeschüttelten Regionen der Erde sind dankbar für kulturelle Angebote, die ihnen die Rückkehr in eine normalere Welt erlauben. Daher kam und kommt dem Aufbau von neuen *Goethe-Instituten* zum Beispiel in Sarajewo oder Kabul hohe, auch politische Bedeutung zu. Der Wiederaufbau von Schulen in Kabul im Rahmen unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik verdeutlicht, dass diese Angebote nicht als kulturelle *l'art pour l'art* gesehen werden können, sondern dass sie für einen nachhaltigen Aufbau der Gesellschaft eines Landes zwingend sind.

Das Jahr 2001 hat der Welt eine fundamentale Ambivalenz offenbart: einerseits wurde es zum Jahr des »Dialoges der Kulturen« ausgerufen, andererseits ist durch die Anschläge vom 11. September 2001 die Gefahr eines »clash of civilizations«, wie Samuel Huntington ihn beschworen hat, enorm gewachsen.

Es wird für den Charakter des 21. Jahrhunderts entscheidend sein, ob es uns gelingt, diesen »clash of civilizations« – Okzident gegen Orient, West gegen Ost, Christentum gegen Islam – entschieden zu verhindern oder ob die Risse zwischen westlicher und islamischer Welt tiefer werden. Ein besseres interkulturelles Verständnis und die Achtung anderer Kulturen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verhinderung von gewaltsamen Konflikten. Unsere Welt wird immer von der Vielfalt der menschlichen Gesellschaften und ihrer Kulturen bestimmt. Wenn Unterschiede friedlich und tolerant akzeptiert werden, können sie bereichern. Wenn sie allerdings instrumentalisiert und politisch missbraucht werden, bringen sie furchtbares Unheil mit sich.

Ein intensivierter Dialog zwischen den Kulturen wird dazu beitragen, die universellen, allen Kulturen gemeinsamen Werte stärker ins allgemeine Bewußtsein zu heben. Wenn dieser Dialog fruchtbar sein soll, dann brauchen wir Klarheit über unsere eigenen Grundwerte, die wir verteidigen und zu denen wir stehen müssen. Deshalb dürfen wir auch im Dialog mit der islamischen Welt die schwierigen Fragen nicht verschweigen: Gibt es – auf beiden Seiten – die Bereitschaft, ernsthaft die Spannungen und Widersprüche zu erörtern, die zwischen einer strikten Auslegung und Anwendung der Scharia einerseits und elementaren Menschenrechten andererseits bestehen? Können wir uns auf die Rechte der Frauen verständigen, auf ihre volle gesellschaftliche und rechtliche Teilhabe, auf ihre gleichberechtigte Bildung und Ausbildung? Das ist ein Thema, das im Mittelpunkt unserer Aufbauarbeit in Afghanistan steht, das aber weit darüberhinaus eine Kernfrage ist, in der sich die komplexe kulturelle Identität, Demokratisie-

rung und Modernisierungsfähigkeit überschneiden. Es geht bei diesem Dialog nicht um eine Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam, sondern um ein ernsthaftes Ringen um die Lösung gesellschaftlicher und politischer Differenzen, ein Ringen, das gegenseitige kulturelle Anerkennung *ein-*, aber Gewalt unmissverständlich ausschliesst.

Um den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern, geht es auch darum, die Vertrautheit des Einzelnen mit unbekanntem Lebensformen zu fördern, seine Fähigkeit zu stärken, auf Fremdes angemessen und offen anstatt abweisend und zurückweichend zu reagieren. Fremdes sollte in seinen oft vielfältigen Facetten besser dargestellt und bekannt gemacht werden. Es geht darum, die Toleranz zu fördern, Fremdes in seiner Andersartigkeit zu akzeptieren. Das friedliche Zusammenleben der Gesellschaften von morgen wird nicht durch möglichst lückenlose Verbreitung eines »mainstream-lifestyle« gesichert, sondern dadurch, dass die bestehende kulturelle Vielfalt akzeptiert und gefördert wird.

Der intensive Kultur- und Wissenschaftsaustausch, wie er vor allem durch den *Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD)* und die *Alexander von Humboldt-Stiftung* und durch die vielfältigen Aktivitäten des *Goethe-Instituts/Inter Nationes* im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik getragen wird, leistet einen wichtigen Beitrag hierzu.

Immer wieder trifft man auf den offenbar verbreiteten Irrtum, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sei eine Art Dreingabe der Außenpolitik, ein Sahnehäubchen sozusagen, das zur Verfeinerung und Abrundung aufgesetzt werden könne. Ihr Inhalt, so die verkürzte Wiedergabe dieses Irrglaubens, beschränke sich im wesentlichen auf den Export deutscher Kultur, frei nach dem Motto: »Beethoven all over the world«. Von einem solchen Verständnis ist es dann meist nur noch ein kleiner Schritt zur der Empfehlung, dass man in Zeiten knapper Kassen auf Dreingaben verzichten und Sahnehäubchen streichen könne oder solle. Wer so denkt, der verkennt die Realitäten von heute und sägt zugleich an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Zweierlei ist ihm entgegenzuhalten:

Der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik geht es nicht um Kulturexport, sondern sie betont immer wieder die Bedeutung des Prinzips der Zweibahnstraße. Das Haus der Kulturen der Welt in Berlin, das *Goethe-Forum* in München, die Galerien des *Instituts für Auslandsbeziehungen* in Stuttgart, Bonn und Berlin, der *Deutsche Akademische Austauschdienst* mit seinem Berliner Künstlerprogramm leisten ihre Beiträge dazu. Das vom *Auswärtigen Amt* finanzierte Programm des Kulturerhalts in den Regionen der Dritten Welt trägt durch vielfältige konservatorische und restauratorische Projekte zur Wahrung der kulturellen Identität in den betroffenen Ländern bei.

Noch wichtiger ist jedoch der Aspekt der Binnenwirkung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik: Der Blick auf und der Austausch mit fremden Kulturen schärft auch die realistische Wahrnehmung des eigenen Landes, der eigenen Kultur. Auswärtige Kulturpolitik ist viel mehr als ein mehr oder weniger zweckorientiertes Marketing deutscher Kunst, Kultur oder gar Produkte – sie ist auch ein ent-

KERSTIN  
MÜLLER

scheidender Beitrag zur Offenheit unserer eigenen Gesellschaft und zu ihrem inneren Frieden. Diese geistige Offenheit eines Landes ist eine elementare Voraussetzung für die Kreativität und die Innovationskraft unserer Gesellschaft. Diese Offenheit und Kreativität entscheiden auch über unseren künftigen Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Ohne Austausch, ohne Neugier, ohne grenzüberschreitende Vernetzung werden wir in Wissenschaft und Wirtschaft verkümmern und kulturell verarmen. Nur wenn es uns gelingt, neue Ideen – und dass heißt auch Menschen – ins Land zu holen, nur wenn wir den Schritt von der »Belehrungskultur« zur »Lernkultur« (Wolf Lepenies) machen, werden wir im globalen Wettbewerb der Wissensgesellschaften bestehen können. Dafür aber müssen wir ein offenes, gastfreundliches, neugieriges Land sein.

MARIELOUISE BECK

## *Kulturelle Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft*

Die Einwanderung der letzten Jahrzehnte hat Auswirkungen auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche. Diese eigentlich kaum erwähnenswerte Selbstverständlichkeit ist bisher jedoch nur in geringem Maße in das Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft gedrungen. Natürlich kann kein gesellschaftlicher Bereich statisch bleiben, wenn die Bevölkerung sich signifikant ändert. Bis vor einigen Jahren leugnete die Politik sogar die Tatsache, dass eine dauerhafte Einwanderung stattgefunden hat und wiederholte wider dem Augenschein fortwährend den Satz: »Deutschland ist kein Einwanderungsland.«

Dabei war Deutschland auch schon in den letzten Jahrhunderten ein Einwanderungsland. Migration gibt es, solange es Menschen gibt. Durch den Globalisierungsprozess hat das Phänomen der Wanderungs- und Fluchtbewegungen jedoch eine neue Qualität gewonnen. Mit der Globalisierung wurden Verkehrsverbindungen schneller und billiger, sind Informationen und Bilder aus weit entfernten Gegenden allgemein zugänglich und ist Arbeit weniger denn je an einen Standort gebunden. So, wie die Welt zusammenwächst, sind die Menschen mobiler und die Gesellschaften heterogener geworden.

In Deutschland haben sich Zu- und Abwanderung in den letzten 50 Jahren fast verzehnfacht. Die deutsche Gesellschaft ist im Zeitalter der Globalisierung immer deutlicher geprägt von auch grenzüberschreitender Mobilität. Jährlich ziehen über 800 000 Menschen – Deutsche wie Ausländer – nach Deutschland und fast ebenso viele wieder fort. Ein Teil davon lässt sich dauerhaft nieder. Wir haben es also mit zwei Erscheinungen zu tun: Einer relevanten Einwanderung und einer grenzüberschreitenden Mobilität auf hohem Niveau. Migration hat das Gesicht unserer Gesellschaft verändert und ethnische wie kulturelle Vielfalt zum Alltag werden lassen.

Hierauf muss sich Politik einstellen. Wer sich weigert, die Tatsache dieser Einwanderung anzuerkennen, gibt Gestaltungsmöglichkeiten unnötig aus der

Hand. Denn in der Regelung der Zuwanderung und der Integration der Einwanderer liegt eine der zentralen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft.

Doch was ist Integration überhaupt und woran messe ich eine gelungene Integration? Ein einheitliches Verständnis davon, was Integration beinhaltet und ausmacht und wer integriert werden beziehungsweise sich integrieren soll, ist nicht vorhanden. Dies wurde auch deutlich in der Diskussion um die »deutsche Leitkultur«. Gefordert wurde von Migranten die Akzeptanz der »deutschen Leitkultur«, Maßstab und Ziel der Integration sollte die Assimilation an diese Leitkultur sein. Eine klare Definition der »deutschen Leitkultur« blieb naturgemäß aus. Denn »den Deutschen«, an dem sich die Integrationsleistungen von Migranten messen lassen müssten, gibt es nicht. Ein solches Verständnis von Integration bleibt im überkommenen Bild der ethnisch und kulturell homogenen Nation verfangen. Tatsache ist doch: Wir leben in einer Gesellschaft, in der eine Vielzahl von Lebensstilen und Lebensentwürfen nebeneinander existieren. Es gibt nicht *die* deutsche Musik oder *die* deutsche Kunst. Keiner wird doch auf die Idee kommen, den Jugendlichen, der lieber amerikanischen Hip-Hop als deutsche Volksmusik hört als desintegriert zu bezeichnen. Aber warum soll dann die Vorliebe für türkischen Pop nicht auch deutsch sein? Und ist die Tangowelle in Deutschland deutsch? Was ist mit Kaya Yanar?

Die Antwort ist einfach: Alles das, was in Deutschland gelebt wird, ist deutsch. Die Summe all dessen ist die deutsche Kultur. Kultur ist nie starr, Kultur lebt vom Austausch und entwickelt sich fortwährend weiter. Kultur kann daher auch nicht verordnet werden. Die Diskussion über die deutsche homogene Kultur, die es vor zu vielen fremden Einflüssen zu bewahren gilt, ist rein theoretischer Natur. Kulturelle Einflüsse unterschiedlichster Wurzeln kommen längst nicht mehr von außerhalb, sie gedeihen und entwickeln sich innerhalb Deutschlands und bilden neue Formen aus.

Die Verfassung schützt die Vielfaltigkeit der Anschauungen und Lebensformen. Sie garantiert sowohl das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Bundesrepublik ist also nicht nur faktisch, sondern auch rechtlich pluralistisch. Eine Festlegung einer »deutschen Leitkultur«, in die sich Zuwandernde einfügen sollen, ist daher – abgesehen von der Aussichtslosigkeit eines solchen Unterfangens – mit der Verfassung unvereinbar.

Integration kann und darf somit nicht Assimilierung bedeuten, sondern meint den beständigen Prozess der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens. In diesem Sinne ist Integration ein gesellschaftlicher Prozess, der nicht irgendwann abgeschlossen ist, sondern immer wieder neu gefördert werden muss. Integration richtet sich damit auch nicht allein an die zugewanderte Bevölkerung. Sie ist keine Einbahnstraße, sondern bezieht sich letztlich auf jeden Einzelnen in unserer Gesellschaft.

Voraussetzung für Integration ist die Akzeptanz der Zuwanderer in ihrer kulturellen Unterschiedlichkeit. Nur wer die Aussicht hat, als gleichberechtigt akzep-

tiert zu werden, wird die Anstrengungen der Integration auf sich nehmen und sich mit der Aufnahmegesellschaft identifizieren. Ausgrenzung und Benachteiligung wirken sich negativ auf den Integrationsprozess aus. Integrationsanstrengungen sind daher sowohl von den Zuwanderern als auch von der Aufnahmegesellschaft gefordert.

Integrationspolitik muss eindeutige Ansprüche formulieren, muss Kriterien für Integration definieren. Diese Ansprüche dürfen nicht die Aufgabe der eigenen Kultur beinhalten, sondern müssen darauf ausgerichtet sein, ein gleichberechtigtes und friedliches Miteinander zu ermöglichen. Zentral sind dabei die Anerkennung der Werte des Grundgesetzes und Kenntnisse der deutschen Sprache. Andererseits muss aber auch gewährleistet sein, dass diese Ansprüche erfüllt werden können. Wir müssen in einen neuen Abschnitt von Integrationspolitik eintreten, den man mit dem Motto »von der Fürsorge zur Partnerschaft« überschreiben könnte. Es geht nicht länger ausschließlich um die Beseitigung von tatsächlichen oder vermeintlichen Defiziten von Migranten, die durch Integration behoben werden müssten. Es muss uns vielmehr um eine neue Balance von Rechten und Pflichten in der Integrationspolitik gehen, bei der eindeutige und erfüllbare Erwartungen klaren und garantierten Ansprüchen gegenüberstehen.

Aber auch eine konstruktive Integrationspolitik wird Konflikte nicht verhindern können. Hier sei an die Kontroversen um den lautsprechergestützten Ruf des Muezzins oder das Tragen von Kopftüchern durch Lehrerinnen an staatlichen Schulen erinnert. Konflikte zu benennen und Lösungen dafür zu suchen, ist Teil des Integrationsprozesses. Entscheidend ist, dass diese Auseinandersetzungen demokratisch und gleichberechtigt ausgetragen werden.

Die wechselseitige Akzeptanz, Toleranz und die regelmäßige Verständigung über kulturelle Normen und Regeln des Zusammenlebens sind für die Integration eben so wichtig wie die Herstellung von Chancengleichheit beziehungsweise Gleichbehandlung in allen wichtigen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft.

In den Feuilletons werden Diskussionen über die Veränderung der kulturellen Werte bereits vielfältig und ausführlich geführt. Da Kultur davon lebt, Traditionelles zu überdenken und externe Einflüsse zu Neuem zu verarbeiten, viele Künstler begierig Impulse aufnehmen, ist hier oft der Ort, an dem Diskussionen über gesellschaftliche Veränderungen zuerst und jenseits des politischen Tagesgeschäfts stattfinden. Diese Debatten sind wichtig für die Modernisierung der Gesellschaft und eine Voraussetzung für die Integration verschiedener Kulturen.

Integrationsförderung ist eine Querschnittsaufgabe. Sie ist nicht allein Aufgabe des Staates, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Dem Staat kommt allerdings eine wichtige Funktion zu. Dabei geht es nicht nur um die Bereitstellung von Förderangeboten und Deutschkursen. Staatliches Handeln in einer Einwanderungsgesellschaft bedeutet, Migranten regelmäßig als Zielgruppe mit zu bedenken und Angebote auch für diese Gruppe anzubieten. Eine interkulturelle Öffnung der staatlichen Institutionen und deren Programme ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration.

Auch die Kulturpolitik muss umdenken. Sie muss die ethnische Heterogenität der deutschen Gesellschaft anerkennen und die Bedürfnisse und Sichtweisen der Zuwanderer beachten. Bisher wird in den meisten Städten nur ein sehr geringer Anteil für die Kunst- und Kulturförderung der Migrantenkulturen verwendet, obwohl Migranten einen bedeutenden Anteil der städtischen Bevölkerung ausmachen. Eine sinnvolle Kulturförderung sollte aber weniger das Ziel haben, Herkunftskulturen zu konservieren und Rückzugsräume zu schaffen, sondern viel mehr ein bedarfsorientiertes, interessantes Angebot zu ermöglichen und kulturellen Austausch zu fördern.

Staatliche Aufgabe ist es – und hier sind alle Zuständigkeitsebenen in Bund, Ländern und Kommunen angesprochen –, Rahmenbedingungen für gesellschaftliche und persönliche Integration zu schaffen. Denn die föderale Organisation unseres Staates legt viele Bereiche der sozialen Integration in die Zuständigkeit der Länder.

Wir sollten uns aber darüber klar sein, dass Integration als Prozess von einer Vielzahl von Faktoren abhängt, die nicht alle staatlich plan- und steuerbar sind. So wichtig Integrationsförderung ist, garantieren kann der Staat einen gelungenen Integrationsprozess nicht. Aber diese Aufgabe ist eine gemeinsame Anstrengung wert.

EROL YILDIZ

## *Segregation oder Integration*

### *Zusammenleben in einer multikulturellen Stadt*

Einführend möchte ich zunächst auf eine ambivalente Deutung des urbanen Zusammenlebens hinweisen, die die Wahrnehmung der Einwanderungsthematik in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten in der Bundesrepublik Deutschland bis heute geprägt hat.

*Auf der einen Seite* wird immer wieder darauf hingewiesen, dass wir in einer Gesellschaft leben, die durch kontinuierliche Transformationsprozesse gekennzeichnet ist. So wird von der »Zweiten Moderne« (Ulrich Beck), der »Dritten Moderne« (Richard Münch), der »radikalen Moderne« (Anthony Giddens), der »Postmoderne« (Wolfgang Welsch) usw. gesprochen, die diese Wandlungstendenzen auf unterschiedliche Weise markieren und die als ein Zeichen für die Komplexität der Gesellschaft zu interpretieren sind. *Auf der anderen Seite* wird, besonders wenn es um die Einwanderungsthematik geht, ein anderer Blick auf die Gesellschaft sichtbar. Man beobachtet bei der Wahrnehmung und Behandlung von Themen, die im Migrationskontext diskutiert werden, eine *ethnisch-zentrierte* Sichtweise. Auffällig erscheint bei dieser Diskussion eine *kulturreduktionistische* und die Einwanderung *skandalisierende* Interpretation. Dabei entsteht oft der Eindruck, wir würden in einer *primär ethnisch organisierten* Gesellschaft leben, in der *ethnisch-kulturelle Spezifika* für die Organisation der Gesellschaft *konstitutiv* relevant seien. Auf diese Weise werden Probleme und Konflikte struktureller oder politischer Art unter ethnischem Vorzeichen behandelt. Das heißt, dass die Komplexität der Gesellschaft auf kulturelle Aspekte reduziert wird und andere gesellschaftliche Phänomene wie Strukturen oder zivilgesellschaftliche Aspekte ignoriert werden. Diese Doppelmoral kommt beispielsweise im doppelbödigen Verständnis von Mobilität und Migration deutlich zum Ausdruck, auf die Ulrich Beck aufmerksam gemacht hat. Einerseits werden Wanderungsbewegungen innerhalb von Nationalstaaten Mobilität genannt und hoch bewertet. Damit gehört Mobil- und Flexibelsein zu den Selbstverständlichkeiten des Alltagslebens. Andererseits wird Mobilität zwischen be-

stimmten Nationalstaaten allgemein als Migration, damit auch weitgehend als unerwünscht definiert. (Beck 1999: 35) Bei der einheimischen Bevölkerung wird das Phänomen Mobilität als Zeichen der Postmodernität gelobt, während dasselbe bei Flüchtlingen, die ja eigentlich die mobilsten Menschen sind, als negative Eigenschaft bewertet wird. Bezüglich dieser Doppelbödigkeit habe ich an anderer Stelle von der »halbierten Postmoderne« gesprochen. (Yildiz 1997)

Erst vor diesem Hintergrund sind die Diskussionen über Integration, Segregation oder multikulturelles Zusammenleben zu verstehen, weil faktisch bis heute eine Desintegrationspolitik betrieben wurde und immer noch wird, obwohl offiziell von Integrationspolitik die Rede ist. Die Paradoxie ist, dass, je mehr die Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft ankommen, Ansprüche stellen, ja sogar die Integration auf ihre Weise selbst in die Hand nehmen und organisieren, in der Öffentlichkeit Stimmen laut werden, die Einwanderer seien nicht integrationsfähig und würden sich zunehmend in die eigene Ethnie zurückziehen. So spricht die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Marie-Luise Beck bezüglich der Integration von Türken von einem »Trend zu ethnischen Kolonien« im ganzen Land (Focus 16/2001, S. 40). Aus dieser Perspektive wird die Gesellschaft als ein *kultureller Block* betrachtet, in dem Integrationsprozesse auf kulturelle und normative Weise geschehen müssten.

Diese halbierte Wahrnehmung der Einwanderungssituation hat dazu geführt, dass Einwanderung als ein isoliertes Phänomen betrachtet wird und in der öffentlichen Diskussion fast nur als »Problemfall« erscheint. Wenn man aber hingegen einen Blick auf die Stadtquartiere wirft, sieht die Realität ganz anderes aus. Man sieht sich mit einem migrationssoziologischen Experiment konfrontiert. Man sieht, dass Menschen mit Migrationshintergrund ihre eigenen Lebensstile und Traditionen entwickelt haben, dass ein wesentlicher Teil der Infrastruktur von Einwanderern und deren Nachkommen organisiert wird und dass sich Menschen unterschiedlicher Couleur in Stadtteilen für gemeinsame Belange engagieren, gemeinsame Umgangsweisen entwickeln.

Wenn man über Integration, Segregation oder Zusammenleben in den Städten redet und dabei nicht kultureduktionistisch oder ethnisch-zentriert verfahren will, dann sollte man die Konstitutionsbedingungen der Städte zum Ausgangspunkt machen und von da aus solche Phänomene interpretieren. Das heißt mit anderen Worten: Die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben, wie das Zusammenleben organisiert wird und welche Aspekte als *relevant* für das Zusammenleben erachtet werden, spielt für die Wahrnehmung und Deutung gesellschaftlicher Aspekte eine richtungweisende Rolle. Wenn die Gesellschaft primär als ethnisch-zentriert beschrieben wird, dann wird auch das Phänomen Multikulturalität als ein ethnisches definiert und dabei ignoriert, dass die moderne Gesellschaft – auch ohne Einwanderung – durch kulturelle Vielfalt, unterschiedliche Milieus und Lebensformen geprägt, also multikulturell ist. Multikulturalität ist also kein ethnisches, sondern als ein strukturell erzeugtes Phänomen zu betrachten. Der Spruch »Jeder Jeck ist anders«, der in Köln gebräuchlich ist, bringt dies treffend zum Ausdruck.

Daher werde ich im ersten Teil zunächst die Frage diskutieren, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben, anschließend im zweiten Teil darauf eingehen, wie bisher mit der Einwanderung gesellschaftlich umgegangen wurde und wozu diese Umgangsweise geführt hat. Im dritten Teil soll eine Perspektivenumkehr vorgenommen und danach gefragt werden, wie Menschen in Wirklichkeit ihre Lebenswelten organisieren, wie sie sich die Orte, in denen sie sich bewegen, aneignen und wie sie miteinander umgehen. Mit anderen Worten: Wie sieht das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Biographien in einem Kölner Stadtteil im globalen Kontext aus? Dies werde ich exemplarisch am Zusammenleben in einem Kölner Stadtteil zeigen.<sup>1</sup> Im letzten Teil werden aus diesem Perspektivenwechsel einige Folgerungen gezogen.

### *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?*

In den letzten Jahren taucht in den Sozial- und Geisteswissenschaften immer wieder die Frage auf, wie man die Gesellschaft, in der wir leben, beschreiben kann. In den von Armin Pongs neuerlich herausgegebenen Sammelbänden wird die rhetorische Frage »In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?« einigen Wissenschaftlern (vor allem Soziologen, Pädagogen und Philosophen) gestellt. (Vgl. 1999, 2000) Die Antworten darauf fallen sehr unterschiedlich aus. Eine »eindeutige« Antwort darauf, in welcher Gesellschaft wir leben, scheint schwierig zu sein. Jeder versucht auf seine Art und Weise die Gesellschaft zu beschreiben, und fast jeder kommt zu einem anderen Ergebnis. Dies könnte als ein Hinweis darauf gedeutet werden, dass es eigentlich eine Gesellschaft *an sich* nicht gibt, sondern nur Perspektiven, aus denen die Gesellschaft beobachtet und beschrieben wird. Um einige Beispiele vorzustellen: Man redet von der »Risikogesellschaft«, »Erlebnisgesellschaft«, »Multioptionsgesellschaft«, »multikultureller Gesellschaft«, »transkultureller Gesellschaft«, »funktional differenzierter Gesellschaft«, »desintegrierter Gesellschaft«, »Weltgesellschaft« usw.

Wenn man die Gesellschaftskonzepte insgesamt betrachtet, sieht man sich vor allem mit zwei Paradigmen konfrontiert: Entweder wird ein *normativer* oder ein *konstruktiver* Zugang gewählt, um gesellschaftliche Wirklichkeiten zu deuten. *Normative Vorgehensweise* heißt, dass man die Wirklichkeit mit vorgefertigten Mustern interpretiert. *Konstruktive Perspektive* hingegen bedeutet, dass man den Alltag mit seinen unterschiedlichen Facetten zum Ausgangspunkt weiterer Überlegungen macht. Dass die Gesellschaft, in der wir leben, hoch individualisiert, hoch mobil ist und dadurch mit kontinuierlichen Wandlungsprozessen in verschiedenen Bereichen konfrontiert ist, wird von niemandem in Frage gestellt. Kontrovers diskutiert wird allerdings die theoretische und praktische Einschätzung dieser Trans-

<sup>1</sup> Dabei handelt es sich um eine Studie, die von 1996 bis 1999 durchgeführt wurde. In der Studie wurde das Zusammenleben in Köln-Ehrenfeld aus verschiedenen Perspektiven untersucht. Daran waren Wolf Dietrich Bukow, Claudia Nikodem und Erika Schulze beteiligt. Die Studie wurde unter dem Titel »Multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag« im Jahr 2001 bei Leske + Budrich veröffentlicht.

formationsprozesse. Die *konstruktive Deutung* des Alltagslebens, die in den Sozialwissenschaften bisher nur eine eher punktuelle Beachtung gefunden hat, erscheint mir für die vorliegende Fragestellung von besonderer Bedeutung.

*Wie ist unsere Gesellschaft organisiert?*

Es gibt drei wichtige Dimensionen, die zur Organisation der modernen Gesellschaft und des Alltagslebens gehören. Damit ist gemeint: Erstens geht es um *funktional ausdifferenzierte Systeme*, zweitens um die *Pluralisierung der Lebenswelten* und drittes um die *zivilgesellschaftlichen beziehungsweise diskursiven Kommunikationszusammenhänge*. Mit anderen Worten, wir leben in einer Gesellschaft, die aus *systemischer Perspektive* eine moderne, aus *lebensweltlicher Perspektive* eine multikulturelle und aus *diskursiver Perspektive* eine Zivilgesellschaft ist.

An die Stelle der Traditionen, die früher die Gesellschaft zusammengehalten haben, sind in der Moderne funktional differenzierte Sozialsysteme getreten, die ihrem Anspruch nach *ethnisch indifferent* organisiert, also *egalitär* ausgerichtet sind. Die Entstehung einigermaßen egalitär organisierter Systeme war eine notwendige und angemessene Reaktion auf die Pluralisierung der Lebenswelt, von Kulturen, Religionen usw., denn in systemischen Kontexten muss von den ethnischen oder kulturellen Aspekten abgesehen werden, um tendenziell eine demokratische Gleichheit herzustellen. Die strukturelle Einbindung wie rechtliche, ökonomische, politische etc. ist in der modernen Gesellschaft *konstitutiv* für die Vergesellschaftung des Einzelnen, weil die systemische Inklusion die Grundvoraussetzung für die Gestaltung der Lebenswelt, persönlicher Bindungen des Einzelnen darstellt. Auf diese Weise änderte sich die Situierung des Individuums in der Gesellschaft.

Der systemische Aufbau der Gesellschaft hatte zunächst die Enttraditionalisierung der Lebenswelt, die Individualisierung und die Entstehung neuer Spielräume im Alltag zur Folge. Das Herausdrängen der Individuen aus den Funktionssystemen und die Enttraditionalisierung der Lebenswelt führte zum Teil zu neuen Formen des Zusammenlebens, zur Entwicklung neuer kultureller Formen, zur neuen persönlichen Vernetzungen im Alltag. Kulturelle und ethnische Eigenschaften, die in systemischen Kontexten ihre prägende Kraft verlieren, also *konstitutiv belanglos werden*, haben hingegen bei der Gestaltung der Lebenswelt und Biographie des Einzelnen als individuelle Ressource und Kompetenz an Bedeutung gewonnen.

Der systemische Aufbau der Gesellschaft und damit einhergehend die Individualisierung bedeuten, dass das Individuum viele Angelegenheiten ab jetzt selbst in die Hand nehmen und organisieren muss. *Die biographischen Konstruktionen beziehungsweise die Biographisierung des Sozialen rücken in der Moderne in den Vordergrund und gewinnen für die Gestaltung des Sozialen immer mehr an Relevanz*. Um ein individuelles Leben in der modernen Gesellschaft zu führen, benötigen Menschen folgerichtig bestimmte »urbane Kompetenzen« (Werner Lindner), die erworben werden müssen. Das Hauptproblem dabei ist, dass die persönlichen und sozialen Ressourcen, entsprechende Kompetenzen zu entwickeln, *ungleich* verteilt sind.

Gegen Risiken und Krisen, die strukturell erzeugt werden, hat sich im Verlauf der Zeit auch eine »zivilgesellschaftliche Infrastruktur« (Jürgen Habermas) als Gegenmacht zu strukturellen Verwerfungen etabliert, die bei der Bearbeitung von Risiken und Krisen eine wichtige Rolle spielen kann und zum Teil auch spielt. Der zivilgesellschaftliche Kommunikationszusammenhang spielt als eine diskursive Plattform für den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt zunehmend eine wichtige Rolle. Zu der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur gehören u.a. Bürgerinitiativen, politische Gruppierungen, soziale Bewegungen, medial erzeugte Öffentlichkeiten.

Somit ist eine weitere Dimension der Gesellschaft sichtbar, nämlich eine Risikodimension. Die neu gewonnenen Freiheiten durch die funktional differenzierten Sozialsysteme waren und sind immer auch *riskante Freiheiten*. Aus dieser Perspektive betrachtet leben wir also auch in einer *Risikogesellschaft*: »Die Normalbiographie wird damit zur ›Wahlbiographie‹, zur ›reflexiven Biographie‹, zur ›Bastelbiographie‹ ... Bastelbiographie ist immer zugleich ›Risikobiographie‹. ... Bastelbiographie kann schnell zur Bruchbiographie werden.« (Beck/Beck-Gernsheim 1994: 13)

Der systemische Aufbau der Gesellschaft bedeutet eine zunehmende Abhängigkeit der Individuen von vielen Institutionen. Individualisierung heißt in diesem Zusammenhang eine *institutionalisierte Individualisierung*. Das heißt, man ist bildungsabhängig, arbeitsmarktabhängig, erziehungsabhängig, wissensabhängig usw. In dieser Situation kann man sich nicht mehr länger auf die Muster der »Normalfamilie«, der »Normalbeziehung«, der »Normalarbeit«, der »Normalbiographie« beziehen.

Ein weiterer Aspekt ist das in den letzten Jahren zum Teil kontrovers diskutierte Phänomen *Globalisierung*. Die globalen Entwicklungen – verstärkt durch technologische Innovationen – haben die gesamte Gesellschaft in den letzten 30 Jahren enorm verändert. Die Europäische Gemeinschaft ist ein gutes Beispiel für diese Entwicklung. Die gesamte Lebensführung des Einzelnen ist in grenzüberschreitende Vernetzungen und Ereignisse involviert. Unsere Konstruktionen der Wirklichkeit haben sich auf diese Weise auch gewandelt. Die Waren, die wir täglich kaufen und konsumieren, kommen aus verschiedensten Ländern der Welt, unsere Lebensstile und kulturellen Muster sind kaum lokal definierbar und die Risiken und Krisen, mit denen wir im Alltag konfrontiert sind, haben häufig eine globale Dimension und erfordern eine globale Perspektive. Das heißt im Klartext: Das Motto »Global denken und lokal handeln« wird wichtiger denn je.

Die globale Vernetzung vollzieht sich in vielen Dimensionen; sie betrifft vor allem auch die Ebene sozialer Probleme, die vielfach nicht länger lokal zu begreifen sind (Armut, Arbeitslosigkeit, Migration und Flucht, neue Ungerechtigkeiten – um nur einige zu nennen). Man braucht also, auch wenn man lokal denkt, eine *globale Perspektive*, weil neue Phänomene neue Sichtweisen erforderlich machen. Die Problemstellungen, die sich daraus ergeben, können nur in einem globalen Kontext verortet, interpretiert und bearbeitet werden. Ulrich Beck hat in diesem Dis-

kussionszusammenhang Recht, wenn er von einer »Weltrisikogesellschaft« spricht. (Beck 2002)

Ein weiterer und für die vorliegende Fragestellung wichtiger Gesichtspunkt ist das Phänomen *Einwanderung*, die die Bundesrepublik Deutschland vor allem in den letzten 50 Jahren tiefgreifend verändert hat, auch wenn dies in der öffentlichen Diskussion aus politischen Motiven häufig ignoriert wird, weil die Anerkennung dieser Tatsache eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft darstellt. Diese *Nicht-Akzeptanz* der Einwanderung hat die Bundesrepublik Deutschland in verschiedenen Phasen der Einwanderung bis heute wesentlich geprägt. Darauf komme ich später zurück.

### *Gesellschaftlicher Umgang mit der Einwanderung*

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft, die aber offiziell keine sein will. Offiziell hat man die Einwanderung also ignoriert und nicht als eine wichtige gesamtgesellschaftliche Herausforderung verstanden. Weder rechtlich noch politisch wurden Konsequenzen aus der Einwanderungssituation gezogen. Statt dessen konzentrierte man sich in erster Linie auf Kulturdifferenzen und auf Sortierungsprozesse. (Bommes 1999) So wird bis heute zwischen »Inländer« und »Ausländer« differenziert, was tiefgreifende Folgen auf die Lebensgestaltung der betroffenen Menschen hat (Gogolin 1996: 353): Diese Kategorisierung betrifft das Alltagsleben, biographische Konstruktionen, die Zugangsbedingungen zu gesellschaftlichen Systemen und Ressourcen und die Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen usw.

Lässt man die Jahre ignoriertes Einwanderung Revue passieren, so kann man sehr schnell eine ganze Reihe von Phasen erkennen, die jeweils in sehr spezifischer Weise mit dem Ignorieren der Einwanderung zu tun haben. (Vgl. Bukow 2001: 39 ff.)

Die ignorante Haltung einerseits und die Thematisierung der Migration in Konfliktzusammenhängen andererseits haben zu einem Paradox geführt. Eine paradoxe Folge dieses Umgangs ist, dass der positive Beitrag der Migration sowie ihr Leistungs- und Modernisierungspotential entweder gar nicht zur Kenntnis genommen werden oder wenn überhaupt nur als desintegrative Faktoren gewertet werden. Diese spezifische Wahrnehmung führt dazu, dass die Chancen und Ressourcen der Migration außen vor bleiben. Wenn man aber einen Perspektivenwechsel vornimmt und einen Blick auf das Leben in den Stadtteilen wirft, sieht man sich plötzlich damit konfrontiert, dass Menschen mit Migrationshintergrund neue Lebensstile, biographische Muster und Traditionen entwickelt haben, dass die Infrastruktur in einigen Stadtteilen zum größten Teil von Menschen mit Migrationshintergrund organisiert wird. Das soll aber nicht bedeuten, dass Migration keine Krisen und Spannungen mit sich bringt. Nur wenn man die Perspektive wechselt und die positiven Elemente in den Vordergrund rückt, erscheinen die Probleme und Risiken in einem neuen Licht, bekommen eine andere Ge-

wichtung. Dadurch eröffnen sich auch neue und andere Perspektiven für die Beschreibung des Zusammenlebens.

*Ethnisches Alltagswissen als Handlungsgrammatik der intersubjektiven Praxis*

Meine These ist, dass diese Umgangsweise mit der Einwanderung zu einer binären Konstruktion »Inländer/Ausländer« einerseits und zur Etablierung eines ethnischen Alltagswissens als Rezeptwissen (Alfred Schütz) andererseits geführt hat. Das ethnische Alltagswissen scheint häufig die »Normalität« in fast allen Bereichen der Gesellschaft zu bestimmen. Damit ist insbesondere gemeint, dass eine bestimmte Normalitätsvorstellung zum Ausgangspunkt gemacht wird. So fließt das ethnische Alltagswissen als Deutungsangebot in die gewöhnliche und allvertraute Arbeit ein und strukturiert so den »sortierenden Blick des Alltags« (Bommes 1998: 365).

Die Orientierung an der binären Konstruktion »Inländer/Ausländer« erscheint selbstverständlich. Man spricht von »überforderten Nachbarschaften«, von »verdeckten Konflikten«; häufig wird das Niveau und die Wohnqualität eines Stadtteils mit der Zahl der Einwanderer gemessen. Man spricht von »Parallelwelten«. Bei solchen sozialen Konstruktionen handelt es sich nicht um relativ abgehobene symbolische Strukturen als »diskursive Effekte«, die sich als ideologische Konstrukte in den Köpfen der Individuen »niederschlagen«. Sondern vielmehr geht es um eine soziale Praxis, an der viele Instanzen und Akteure im Alltag beteiligt sind. Die Konstruktion »Inländer/Ausländer« erscheint gerade deshalb eine so stabile Klassifikationskategorie, weil »Ethnizität« oder »Ausländer-Sein« kein biologisches oder natürliches Merkmal ist, sondern vielfältig in die sozialen Strukturen der Gesellschaft eingebettet ist. Dabei geht es um eine soziale Praxis, mit der Individuen in ihrem Alltagshandeln die Unterscheidung »Inländer/Ausländer« permanent produzieren und reproduzieren. Solche Alltagspraktiken und Regeln scheinen dem Bewusstsein der Akteure nur begrenzt zugänglich zu sein. Sie wirken größtenteils als Routinen, die erst da zur Disposition stehen, wo »Störungen« auftreten, wo unerwartete oder unbekannte Interaktionsverläufe die Teilnehmer dazu zwingen, ihre Handlungen zu reflektieren.

In einer Studie über die institutionelle Diskriminierung in den Grundschulen kommen Mechthild Gomolla und Frank-Olaf Radtke (2002) zu dem Ergebnis, dass Diskriminierung der Schüler mit Migrationshintergrund in den Grundschulen fast zur einer *Alltagsroutine* geworden sei. Der Mythos »Das Leben zwischen zwei Kulturen«, häufig als Leidensprozess interpretiert, der die Wahrnehmung der Einwanderer wesentlich prägt, ist ein gutes Beispiel, wie solche Kategorien im Alltag fortgeschrieben werden. Wenn man dekonstruktive Ansätze entwickeln will, muss man diese *soziale Praxis* immer vor Augen haben.

Erst jetzt, wo sich die Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die hier geboren und aufgewachsen sind, zu Wort melden und behaupten, in mehreren Kulturen zu leben und mehrere Identitäten zu haben und dies auch positiv deuten, ergeben sich Probleme für das soziale Handeln. Wie diese *soziale Praxis* funktioniert

*Segregation oder  
Integration.  
Zusammenleben  
in einer multi-  
kulturellen Stadt*

und welche Rolle dabei das »*ethnische Alltagswissen*« spielt, möchte ich an einem aktuellen Beispiel demonstrieren.

*Beispiel: Die Keupstraße in Köln*

In einer Studie über die Keupstraße in Köln beispielsweise – eine Straße, in der sich mehrheitlich Einwanderer niedergelassen haben – bekam man diesen Grundton erneut zu hören. (Vgl. Dokumentation Keupstraße 1999) In dieser Studie wird vor einer möglichen Ghettoisierung dringend gewarnt. Man fordert in der Studie eine »ausgewogene Mischung der Wohnbevölkerung«, um die Verslumung der Straße zu stoppen. Insgesamt liegt der Studie die Annahme zugrunde, dass eine Präsenz von Einwanderern die soziale Benachteiligung und Belastung der Straße zwangsläufig verstärke. (Ebd.) In dieser Studie werden neben den offenen Konflikten vor allem die *verdeckten Konflikte* hervorgehoben. Nach Bekanntwerden dieser Studie hat man auf der Keupstraße eine Maßnahme installiert, die sich »Mühlheimer Dialog« nennt. Das Hauptziel der Maßnahme soll die Vorbeugung ethnisch-kultureller Konflikte sein.

Wenn man es genau betrachtet, sieht man, dass die Studie mit dem Leben auf der Keupstraße nicht im geringsten zu tun hat. (Bukow/Yildiz 2002: 81 ff.) Die Entscheidung, was problematisch ist und was nicht, wird bereits im Vorfeld getroffen und zwar durch vorher festgelegte Kategorien. Man deutet das Leben auf der Keupstraße als *problematisch*, spricht von einem *kulturellen Brennpunkt*, verweist auf verdeckte Konflikte, installiert eine *präventive Maßnahme*, um die verdeckte Konflikte sichtbar zu machen und Lösungskonzepte zu erarbeiten. Die ethnische Feststellung des Konflikts schafft ihre »eigene Wirklichkeit« und stellt die Grundlage für das weitere Vorgehen. (Dannenbeck/Eßer/Lösch 1999: 125)

*So wird die Prävention in diesem Kontext zu einer rassistischen Strategie.* Man instrumentalisiert bestimmte Gruppen, um eigene ökonomische Ressourcen zu sichern und benutzt dabei den Begriff »Ausländer« als eine soziale Kategorie. So fungiert *das ethnische Alltagswissen* als Rezeptwissen im Alltag oft als Wegweiser der Wahrnehmung. So laufen viele pädagogisch orientierte Integrationsmaßnahmen, die mit dem Label *präventiv* bezeichnet werden, auf eine rassistische Strategie hinaus, weil in der *präventiv konstruierten Wirklichkeit* bestimmte Gruppen von vornherein als »*an sich defizitär und abweichend*« gesehen werden und sich damit automatisch als »*problematische Fälle*« ins Blickfeld rücken. Auf diese Weise werden Kompetenzen und Fertigkeiten, die Menschen mit Migrationshintergrund mitbringen, zu Integrationsbarrieren degradiert. So mündet die *paternalistische Haltung*, die bisher in der Sozialarbeit mit Migranten dominant war, häufig in eine *alltagsrassistische Strategie* (Yildiz 2002: 24 ff.).

Ähnliche Argumente findet man auch in den Medien: Das aktuelle Modewort in den Medien und in der Politik lautet »Parallelgesellschaften«. Und so beschrieb auch das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* vom 4.3.2002 das Problem heutiger Gesellschaften wie folgt: »Das wahltaktische Gezerre um das neue Zuwanderungs-gesetz verdeckt das wahre Problem: Mitten in Deutschland leben Millionen von Im-

migranten in blickdichten Parallelwelten nach eigenen Regeln von Recht und Ordnung.« In der *Süddeutschen Zeitung* im März 2002 war vom »Rückzug in die Kulturkolonie« die Rede. Man spricht von »verfallenden Werten«, einer »irritierenden Entwicklung« und von der »parallelen Lebenswelt«. Man verweist auf die so genannte Sprachproblematik. Die Satellitenschüsseln seien nach Istanbul gerichtet. Man bedauert, dass man als Türke bequem in Berlin leben könne, ohne ein Wort Deutsch zu reden. (Löwer 2001) Dass die Infrastruktur für Türken in Berlin so gut sei, dass sie im Extremfall vergessen würden, in Berlin zu leben: »Und selbst in Berlin aufgewachsene Mütter gehen dazu über, aus Angst vor dem Verlust der Wurzeln mit ihren Kindern türkisch zu sprechen.« (Ebd.)

Diese Perspektive hat bislang sowohl die Richtung der »Ausländerpolitik« als auch die der »Ausländerforschung« und der daran orientierten »Ausländerpädagogik« weitgehend bestimmt. Auch viele Maßnahmen und Projekte, die die Integration dieser Gruppen zum Ziel haben, gehen von solch einer Defizitannahme aus. Als Hauptziel wird oft der Abbau von »ausländerspezifischen Defiziten« definiert.

Auch die Begriffe »Integration« oder »Segregation«, um die es hier in erster Linie geht, werden in Wissenschaft, Politik, Medien oder Öffentlichkeit fast ausschließlich im Zusammenhang mit der so genannten »Ausländerthematik« gebraucht. Dies scheint mir eine sehr fragwürdige Strategie zu sein, weil auf diese Weise eine *bestimmte Vorstellung* über das Leben in der Stadt erzeugt wird, die mit den städtischen Realitäten nicht übereinstimmt. Auffallend in dieser Betrachtungsweise ist, dass die Einwanderergruppen oft als nicht integriert, als abweichend von den »hiesigen« Werten und Normen, also als »Fremde« definiert werden. Integration erscheint aus dieser Sicht nur denkbar, wenn die Eingewanderten ihre Fremdheit ablegen beziehungsweise überwinden.

Jetzt stellt sich die Frage, was hinter dieser spezifischen Umgangsweise mit der Einwanderung steckt und wozu sie führt.

*Zum einen* steht hinter dieser Strategie, dass man Zugewanderte als Menschen betrachtet, die eine zweite Sozialisation benötigen würden. Zweitens geht man davon aus, dass die Einwanderer und deren Nachkommen von vornherein »Integrationsdefizite« aufweisen würden. Drittens dient diese spezifische Wahrnehmung der Realität zur Legitimation der eigenen Überlegenheit gegenüber »Anderen« und zur gesellschaftlichen Organisation der Macht: Die »Deutschen« auf der einen und die »Fremden« auf der anderen Seite.

*Zum anderen* werden viele Aspekte des Zusammenlebens in der Stadt entweder ignoriert oder nach ethnischen Kriterien interpretiert. Diese Vorgehensweise hat zur Folge, dass Menschen in ethnische Kategorien eingeteilt werden (ethnische Sortierung): Erstens gibt es bestimmte Gruppen wie Engländer, Holländer oder Franzosen, die als *eigen* betrachtet werden, also von denen keine Integrationsleistung erwartet wird; zweitens gibt es Gruppen, die als *integrierbare Fremde* definiert werden wie Italiener, Griechen usw.; und drittens gibt es die »*Allzufremden*«, die oft als nicht integrierbar wahrgenommen werden, womit vor allem die Grup-

pen gemeint sind, die aus dem orientalischen Raum kommen. Zu den typischen »Allzufremden« gehören insbesondere die Türken. Auch wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, spielt das keine Rolle. Sie bleiben immer fremd.

Obwohl es eine Reihe von Differenzen in der Gesellschaft gibt, die im Zeitalter der Globalisierung an neuer Qualität gewinnen, werden oft nur bestimmte Differenzen (ethnische Differenz) als eine relevante gesellschaftliche Kategorie wahrgenommen und sichtbar gemacht. In einer Gesellschaft, die zunehmend durch eine Pluralisierung im weitesten Sinne charakterisiert ist, erscheint mir diese ethnisch-zentrierte Strategie erklärungsbedürftig. So werden in der Öffentlichkeit »imaginäre Ghettos« inszeniert, die im Nachhinein als »Parallelwelten« interpretiert werden.

Da aus dieser spezifischen Sicht nur bestimmte Aspekte in den Vordergrund gerückt und unter ethnischem Vorzeichen interpretiert werden, ist in dieser Frage eine *Perspektivenumkehr* unvermeidlich, wenn man vor allem ein einigermaßen vollständiges Bild über das Leben in der Stadt bekommen will. Wenn die Phänomene wie Integration oder Segregation im städtischen Kontext zum Thema werden, dann sollte man zunächst die Stadt beziehungsweise das städtische Leben zum Ausgangspunkt weiterer Überlegungen machen. Wenn die Perspektive gewechselt wird und das Leben in der Stadt mit seinen unterschiedlichen Facetten in den Blick genommen wird, bekommt das städtische Leben ein völlig anderes Gesicht. Es wird deutlich, dass die Phänomene Integration oder Segregation keine normativen Kategorien sind, sondern, je nach Situation oder Zusammenhang, anders definiert werden können. Bei genauerer Betrachtung wird auch deutlich, dass Erfahrungen mit Fremdheit im städtischen Kontext eher eine Normalität darstellen als eine Ausnahme. Ähnlich sieht es mit dem Begriff »Integration« aus. Eine *normative* Integration in eine moderne Stadt kann es nicht geben. In einer ausdifferenzierten Stadt existieren verschiedene Integrationsformen, wobei die kulturelle Integration eine Variante wäre. Darüber hinaus gibt es andere Integrationsformen wie strukturelle und politische Integration, die für das Leben in der Stadt relevant sind.

Es ist paradox, wenn es um die Situation von eingewanderten Minderheiten geht, nur die kulturelle Integration in den Vordergrund zu rücken und kulturelle und ethnische Eigenschaften zu einer relevanten gesellschaftlichen Kategorie zu stilisieren. Dies führt dazu, dass viele Probleme, die eigentlich struktureller oder politischer Art sind, als kulturelle bzw. ethnische vorkommen. (Kaschuba 1995: 11 ff.) Diese ethnische Wahrnehmung hat die Vorstellung über die Integration der Einwanderer in die Stadt wesentlich geprägt. Dabei wird vergessen, dass man von Menschen in einer modernen Stadt, die sich zunehmend globalisiert, keine kulturelle Leistung verlangen darf, weil kulturelle Eigenschaften eine private Angelegenheit darstellen und daher für die Strukturen der Stadt relativ belanglos sind. (Bukow/Llaryora 1998) Gerade dies macht die Modernität einer Stadt aus.

Kulturelle und nationale Kategorien, die aus Menschen Türken, Marokkaner oder einfach »Ausländer« machen und sie auf eine spezifische kulturelle Her-

kunft reduzieren, ignorieren die Kontexte, in denen sich das Leben der Menschen mit Migrationshintergrund abspielt und in denen Biographien erzeugt und zusammengefügt werden. Daher erscheint ein *radikaler Perspektivenwechsel* unerlässlich. Was die »traditionellen« Interkulturalitätsvorstellungen betrifft, plädiert Franz Hamburger für eine »reflexive Interkulturalität« und meint damit, dass sich die traditionell orientierte Interkulturalität mit den eigenen Wirkungen auseinandersetzen, also *reflexiv werden* muss. (Hamburger 1999: 38) Auch Friedelm Vahsen plädiert für einen Paradigmenwechsel: »Hier ist ein Paradigmenwechsel notwendig, der nicht primär die kulturelle Differenz im Blickpunkt hat und deren Minimierung, sondern die Vielfalt und Besonderheit akzeptiert und das konkrete Individuum in seinem Hier und Jetzt, mit seiner Gesichte, seinen Vorlieben, Prägungen und Bedürfnissen.« (Vahsen 2000: 119)

Wenn man die Perspektive wechselt und danach fragt, wie Menschen in einem Stadtteil ihre Lebenswelten organisieren, wie und auf welche Weise sie sich »ihre« Stadt aneignen, wo Konflikte und Probleme auftreten und wie sie öffentlich miteinander umgehen, dann bekommt das Zusammenleben ein anderes Gesicht und Gewicht. Gerade dies haben wir in einer Studie über das Zusammenleben in einem Kölner Stadtteil ausprobiert. Im folgenden Abschnitt werde ich einen Teil der Ergebnisse in zusammengefasster Form vorstellen.

#### *Zur sozialen Grammatik des Zusammenlebens in einem Kölner Stadtteil*

Anhand der Stichworte Ortsmobilität, Pluralisierung der Lebensformen, Ausdifferenzierung und Überlokalität wird ein Blick auf das Leben in Köln-Ehrenfeld geworfen. Wie richten sich die Menschen im Stadtteil ein, welche Bedeutung kommt dem Quartier zu, wie eignen sich die Menschen ihr Viertel an und wie leben sie dort?

*Mobilität* ist zunächst als ein generelles Kennzeichen heutiger Gesellschaften zu betrachten und ist insbesondere konstitutiver Bestandteil städtischen Lebens. Dies spiegelt sich auch in den von uns geführten Interviews wider: Nur eine Minderheit der Stadtteilbewohner, die wir gesprochen haben, ist in Ehrenfeld geboren und hat ihr ganzes Leben dort verbracht. Einige wohnten zum Zeitpunkt des Interviews erst seit kurzem im Quartier, andere seit mehreren Jahren, wieder andere hatten zwischenzeitlich in einer anderen Stadt oder einem anderen Land gelebt und waren zurückgekommen. Einige wollten im Stadtteil bleiben, für Andere stellte Ehrenfeld nur eine Zwischenstation dar. Wir konnten eine sehr unterschiedliche geographische Mobilität beobachten. Diese mobile Vielfalt ist ein Charakteristikum des Quartiers. Diese Ortsmobilität sowie die zunehmende Ausdifferenzierung und Pluralisierung von Lebensstilen, Lebensformen und Milieus führt zu einer kontinuierlichen Bewegung im Stadtteil.

In Ehrenfeld richten sich die Individuen ihren Alltag ein, sie suchen ihre Orte und schaffen neue. Dabei sind Widersprüche konstitutiv für städtisches Leben. Die Einzelnen machen sich die Stadt, den Stadtteil *handhabbar*, richten sich le-

*Segregation oder  
Integration.  
Zusammenleben  
in einer multi-  
kulturellen Stadt*

bensweltliche Inseln ein, Orte des Alltags und der Nähe, eignen sich auf diese Weise die Stadt an. Dies geschieht – so wird es auch in den Interviews deutlich – auf zwei Wegen: Über zwischenmenschliche Kontakte und soziale Netzwerke einerseits und über die räumliche Aneignung andererseits.

Die Qualität des Lebens im Stadtteil wurde von einem großen Teil der Interviewpartner anhand ähnlicher Eckpunkte beschrieben. Bekannte oder Freunde im Stadtteil haben, Orte, die regelmäßig aufgesucht werden, sei es die Stammkneipe oder nur einzelne Geschäfte, in denen man die Gesichter der Verkäufer kennt und einige Worte mit ihnen wechselt, der *Lieblingsstand* auf dem Wochenmarkt. Dieser Teil des Alltags verläuft parallel zu seinem anonymen Aspekt, dazu, dass die Mehrheit der Menschen, die einem tagtäglich auf der Straße begegnen, fremd sind und es zumeist bleiben. (Yildiz 1999) Selbst die konkrete Nachbarschaft in dem Haus, welches man bewohnt, kann zu diesen Fremden gehören.

Entsprechend der unterschiedlichen Lebenswelten der Einzelnen und ebenso entlang ihrer aus unterschiedlichen Lebenssituationen hervorgehenden, variierenden Relevanzstrukturen kennzeichnen diese auch höchst unterschiedliche Orte, die bedeutend für das Leben des Einzelnen im Stadtteil sind. Und gleiche Orte haben ebenso andere Bedeutungen für verschiedene Stadtteilbewohner.

Neben dem *unzusammenhängenden Nebeneinander* relativiert sich zunehmend die Bedeutung der konkreten Lokalität im Zuge wachsender Mobilität. Ihre Bedeutung lässt im globalen Zeitalter deutlich nach. Die Orientierungen überschreiten immer mehr den lokalen Rahmen. Diese Veränderungen konnten wir auch in Ehrenfeld beobachten, wenngleich die konkrete Lokalität des Stadtteils für viele noch eine wichtige Rolle spielt. Die Stadtteilbewohner, mit denen wir sprachen, schilderten subjektiv höchst unterschiedliche Bindungen an den Stadtteil. Die einzelnen Erwartungen an und die Identifikation mit dem Stadtteil ergaben ein mehrdimensionales Bild. (Vgl. Bukow/Nikodem/Schulze/Yildiz 2001: 168 ff.)

Bei allen Differenzen ist den Informanten, die wir befragten, jedoch gemeinsam, dass ihre persönlichen und sozialen Beziehungen immer nur zu einem Teil im Stadtteil verortet sind. Fast alle berichteten von Freunden, Bekannten und Verwandten, die sich über die ganze Stadt, die Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus verteilen. Diese Beziehungen werden durch Besuche, Telefonate, Briefe oder per Email aufrechterhalten, man sieht sich regelmäßig oder auch nur selten. Über die Qualität der Beziehung oder ihre Bedeutung für den Einzelnen sagt dabei weder die Art des Kontaktes (direkt oder virtuell) noch dessen Häufigkeit Entscheidendes aus, sie ist nicht unbedingtes Kriterium. Einige, insbesondere jüngere, kinderlose Stadtteilbewohner führen Liebesbeziehungen über zwei Städte hinweg, die bis zu 500 Kilometer auseinander liegen. Diese Beispiele betreffen jedoch nur den lebensweltlichen Kontext der Einzelnen. Zieht man nun noch die anderen Kontexte in Betracht – unter dem Vorzeichen der zunehmenden Vielfältigkeit des Alltags – so wird darüber hinaus beispielsweise sichtbar, dass nur wenige Stadtteilbewohner auch im Quartier arbeiten und die meisten nur einen Teil ihrer Einkäufe im Quartier erledigen. Für die »mentalen Landkarten« der

Einzelnen hat der Stadtteil als konkrete Lokalität eine Rolle als ein Ort unter vielen. Bedenkt man dann noch die Zeitachse, die oben angesprochene Ortsmobilität im Laufe des gesamten Lebens der Einzelnen, so vervollständigt sich das Bild eines dezentralisierten Ortsbezuges. Nach einem Umzug in ein anderes Land, eine andere Stadt oder einen anderen Stadtteil werden immer auch an dem alten Wohnort Menschen und Orte zurückgelassen, die vertraut sind und wieder aufgesucht werden.

Die gemischte Zusammensetzung der Bevölkerung wurde von der Mehrheit unserer Interviewpartner als Kennzeichen des Quartiers beschrieben, dem sie zum Teil skeptisch, zum Teil indifferent oder neutral gegenüberstanden; von einigen wurde es auch als positives Merkmal hervorgehoben. Das Zusammenleben in der Differenz wurde dabei als im Alltag weitgehend »funktionierend« gekennzeichnet. Dabei kommt dem Nebeneinander der verschiedenen Lebenswelten eine entscheidende Bedeutung zu.

Der gesellschaftlichen Entwicklung, die zur Pluralisierung der Lebenswelten führt, wohnt ein Potential inne, insofern sie häufig mit einer Haltung einhergeht, die Erving Goffman (1982: 282) als höfliche Gleichgültigkeit bezeichnete. Insbesondere in den Städten lässt sich die konventionelle Unterscheidung von *eigen* und *fremd*, von *Freund* und *Feind* nicht länger aufrechterhalten. Diese Gegenüberstellung wird vielmehr durch eine dritte Figur, die des *neutralen Fremden* erweitert. (Vgl. Radtke 1991: 79 ff.) Die so genannten »kulturellen Unterschiede«, verstanden als ethnisch-kulturelle Differenzen, die im aktuellen Diskurs häufig hervorgehoben, damit überbewertet und die als ein zentrales Problem der multikulturellen Stadt beschrieben werden, stellten sich in unserer Studie nur sehr wenig als ein Problem des städtischen Lebens dar.

Es zeigt sich, dass die von uns interviewten Stadtteilbewohner im Quartier ihre eigenen Netze und persönliche Bindungen entwickeln und sich diese Netze dabei so verhalten, dass sie nebeneinander existieren, »ohne in Konflikt zu geraten«. Gerade dieses zunächst unzusammenhängende Nebeneinander stellt die Grundlage dar, auf der das urbane Leben organisiert und reorganisiert wird.

Der Stadtteil mit seinen formalen Strukturen ist ein Ort, der Unterschiede zulässt, Vielfalt begünstigt und als Plattform für Auseinandersetzungen fungiert. Jeder Einzelne ist gefordert, sich aus diesen unterschiedlichen Bausteinen seine Biographie zu entwerfen. Auch biographische Brüche sind Bestandteile dieser »Realität«. Viele Menschen leben nicht in den Orten, in denen sie geboren sind, arbeiten in Städten, in denen sie nicht wohnen, haben Verwandte und Bekannte in anderen Ländern, pflegen nach Urlaubsreisen Freundschaften in den verschiedensten Ländern oder planen vielleicht irgendwann einmal auszuwandern. (Vgl. Yildiz 1999: 108 ff.)

Jeder entwickelt seine eigenen Netze und Bindungen und bewegt sich in unterschiedlichen Zusammenhängen im Stadtteil und darüber hinaus. Dafür sind keine gemeinsamen Wertebekanntnisse als Bezugsrahmen notwendig. Sonst wäre es nicht denkbar, dass die Stadtteilbewohner mit sehr unterschiedlichen Biogra-

phien, Lebensstilen und sozialen Beziehungen in direkter Nachbarschaft leben, ohne miteinander in Konflikt zu geraten, was sie jedoch weitgehend tun. Dies ist ein wichtiger Hinweis darauf, dass der Zusammenhalt des Stadtteils nicht primär durch eine gemeinsame Überzeugung garantiert werden kann, sondern eine andere Dimension sichtbar wird, also eine *strukturelle Integration*, die durch metakulturelle Kommunikation immer wieder reorganisiert und in Fluss gehalten wird beziehungsweise werden muss.

In der aktuellen Diskussion um die »Leitkultur« oder »Parallelgesellschaften« wird zunehmend darauf abgehoben, wie unwahrscheinlich im Grunde eine Verständigung mit dem »Anderen« sei. Im Gegensatz dazu haben wir in Ehrenfeld beobachtet, dass die Menschen längst die Fähigkeit entwickelt haben, mit den unterschiedlichen Formen von »Anderssein« beziehungsweise »Fremdheit« umzugehen. Gerade diese Möglichkeit des distanzierten Umgangs miteinander müssen wir als Privileg anerkennen; »das Recht, in Ruhe gelassen zu werden« (Nassehi 1999: 177). Darüber hinaus werden wir in dem immer schneller werdenden Prozess der Globalisierung auch in Zukunft zunehmend mit einer extensiven kulturellen und historischen Vielfalt konfrontiert sein (Chambers 1996: 3 f.), die sich den Erklärungen, die wir für gewöhnlich wahrnehmen, entzieht. Wir sollten diese Veränderungen aber als Chance und als neue Möglichkeiten für das Zusammenleben begreifen.

### *Schlussfolgerung*

Zunächst muss man wegkommen von dem konventionellen *Defizitansatz*, nach dem Menschen mit Migrationshintergrund häufig von vornherein als »Problemfall« definiert werden, weil jede Etikettierung von außen die dynamische Realität der betroffenen Menschen verfehlt. Stattdessen ist eine Vorgehensweise *von innen*, wie in der Studie in Ehrenfeld gezeigt wurde, dringend erforderlich. Binnenperspektive bedeutet, dass die Selbstbeschreibung der Menschen mit Migrationshintergrund zum Ausgangspunkt weiterer Interventionen gemacht werden soll. Aus der *Binnenperspektive* heraus rückt ins Blickfeld, wie die Betroffenen ihren Alltag organisieren, mit welchen Konflikten sie konfrontiert sind, wie sie mit möglichen Diskriminierungserfahrungen umgehen, welche Bearbeitungsstrategien sie dabei entwickeln. Aus der *Binnensicht* heraus sieht man auch, wie Menschen mit Migrationshintergrund verschiedene Elemente, mit denen sie im Alltag konfrontiert sind, biographisch zusammenfügen, welche spezifischen Kompetenzen bei den Einzelnen sichtbar werden und inwiefern solche Kompetenzen als Ressourcen genutzt werden können. Aus der gewendeten Perspektive heraus kann auch sichtbar gemacht werden, inwiefern solche Kompetenzen durch Intervention von außen (wie rechtliche Intervention: Ausländerrecht) blockiert und abgewertet werden. (Vgl. Bukow/Nikodem/Schulze/Yildiz 2001: Kapitel VI)

152 *Wenn man die Perspektive wechselt* und die Selbstbeschreibung und Kompetenzen des Betroffenen zum Ausgangspunkt macht, dann bekommen die Probleme und

Konflikte, um die es in der konkreten Situation geht, eine andere gesellschaftliche Gewichtung und Lokalisierung. Aus der *Binnenperspektive* heraus kann man auch sehen, dass es sich bei vielen Problemen nicht um ethnische oder kulturelle Formationen handelt, sondern um strukturelle Verwerfungen, Ausgrenzungsmechanismen usw. Bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund beispielsweise handelt es sich oft um Probleme wie Arbeitslosigkeit, mangelnde Qualifizierung, Abwertung von Biographiemustern (biographische Desorientierung) und um gesellschaftliche Stigmatisierung als »Ausländer«, die den Jugendlichen den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen erschweren und eventuell eine »multiplikatorische Exklusion« (Schroer 2001: 34) bei den Betroffenen auslösen. So kann das »Ausländer-Sein« für das betroffene Individuum zu einer Hauptressource werden, um Positionierungsprozesse in der Gesellschaft zu organisieren.

Gesamtgesellschaftlich betrachtet bedeutet dies: Der *Perspektivenwechsel* impliziert auch die Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland und die Anerkennung der Probleme, die dadurch entstanden sind. Der *Perspektivenwechsel* öffnet andererseits vor allem den Blick für Prozesse, die sich gewissermaßen unterhalb des öffentlichen Bewusstseins abgespielt haben. Während man zum Beispiel in der Öffentlichkeit und in der Politik Einwanderung skandalisiert hat, hat die Bevölkerung selbst – wie am Beispiel von Ehrenfeld gezeigt werden konnte – schon lange ihre Erfahrungen damit gemacht, was Einwanderung bedeutet. Es gibt viele Beispiele in städtischen Quartieren, wo sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gemeinsam für die Belange des Zusammenlebens engagieren.

Wir brauchen also eine Wende zur Realität. Es geht darum, Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen sind, *selbstverständlich* als Bürger der Gesellschaft zu betrachten, sie also einschließlich ihres für sie typischen Lebensstils, mit ihren jeweiligen Lebenserfahrungen und in ihrer religiösen Orientierung als Bestandteile einer urbanen Gesellschaft zu akzeptieren.

## Literatur

- Beck, Ulrich (2002): *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie*, Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (1999): *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgerschaft*, Frankfurt am Main/New York
- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): »Individualisierung in modernen Gesellschaften - Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie«, in Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.): *Risikante Freiheiten*. Frankfurt am Main, S. 10-39
- Bommes, Michael (1999): *Migration und nationaler Wohlfahrtsstaat*, Opladen
- Bommes, Michael (1998): »Migration und Ethnisierung in kommunalen Einrichtungen«, in: Heitmeyer, Wilhelm/Dollase, Rainer/Backes, Otto (Hrsg.): *Die Krise der Städte*, Frankfurt am Main, S. 349-376
- Bukow, Wolf-Dietrich (2001): »Der Umgang mit »Gastarbeitern« und deren Nachkommen«, in: *Die Brücke. Forum für antirassistische Politik und Kultur*, Heft 118 (März-April 2001), S. 39-43
- Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (2002): »Der Wandel von Quartieren in der metropolitanen Gesellschaft am Beispiel Keupstraße in Köln oder: Eine verkannte Entwicklung?«, in: Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (Hrsg.): *Der Umgang mit der Stadtgesellschaft. Ist die multikulturelle Stadt gescheitert oder wird sie zu einem Erfolgsmodell?*, Opladen, S. 81-111

- Bukow, Wolf-Dietrich/Nikodem, Claudia/Schulze, Erika/Yildiz, Erol (2001): *Multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag*, Opladen
- Bukow, Wolf-Dietrich/Llaryora, Roberto (1998): *Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minderheiten*, Opladen (3. aktualisierte Ausgabe)
- Chambers, Iain (1996): *Migration, Kultur, Identität*, Tübingen
- Dannenbeck, Clemens/Eßer, Felicitas/Lösch, Hans (1999): *Herkunft (er)zählt. Befunde über Zugehörigkeiten Jugendlicher*, Münster
- Die Dokumentation: IG. Keupstraße e.V./Stadt Köln u. a. (Hrsg.) (1999): *Dokumentation. Veränderungsprozesse und Konfliktebenen in der Keupstraße*, Köln
- Goffman, Erving (1982): *Das Individuum im öffentlichen Austausch. Mikrostudien zur öffentlichen Ordnung*, Frankfurt am Main
- Gogolin, Ingrid (1996): »Politische Sozialisation und politisches Lernen im Einwanderungsland«, in: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation*, Opladen, S. 353-363
- Gomolla, Mechthild/Frank-Olaf Radtke (2002): *Institutionalisierte Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*, Opladen
- Hamburger, Franz (1999): »Von der Gastarbeiterbetreuung zur Reflexiven Interkulturalität«, in: *Migration und Soziale Arbeit (iza)*, Heft 3-4/1999, S. 33-38
- Kaschuba, Wolfgang (1995): »Kulturalismus: Vom Verschwinden des Sozialen im gesellschaftlichen Diskurs«, in: Kaschuba, Wolfgang (Hrsg.): *Kulturen – Identitäten – Diskurse. Perspektiven europäischer Ethnologie*, Berlin: Akademie-Verlag
- Löwer, Martin (2001): »Fremd daheim«, in: *Die Woche* vom 4. Mai 2001
- Nassehi, Armin (1999): »Interview«, in: Pongs, Armin (Hrsg.): *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?*, München, S. 175-196
- Pongs, Armin (2000): *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich* (Band II), München
- Pongs, Armin (1999): *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich* (Band I), München
- Radtke, Frank-Olaf (1991): »Lob der Gleichgültigkeit. Die Konstruktion der Fremden im Diskurs des Multikulturalismus«, in: Bielefeld, Uli (Hrsg.): *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt*, Hamburg, S. 79-97
- Schroer, Markus (2001): »Die im Dunkeln sieht man doch. Inklusion, Exklusion und die Entdeckung der Überflüssigen«, in: *Mittelweg*, Heft 5/2001, S. 33-47
- Vahsen, Friedelm (2000): *Migration und soziale Arbeit. Konzepte und Perspektiven im Wandel*, Neuwied
- Yildiz, Erol (2002): »Vom Paternalismus zum (Alltags-)Rassismus«, in: *Die Brücke. Forum für antirassistische Politik und Kultur*, Heft 125 (Juli/August/September 2002), S. 24-29
- Yildiz, Erol (1999): *Fremdheit und Integration*, Bergisch Gladbach
- Yildiz, Erol (1997): *Halbierte Gesellschaft der Postmoderne. Probleme des Minderheitendiskurses unter besonderer Berücksichtigung alternativer Ansätze in den Niederlanden*, Opladen